

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 28.— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Ungarn, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Blitz in die Bäderwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einpaltige Komposition... Die einpaltige Komposition... Die einpaltige Komposition...

Karrieren für die nächste Nummer... Karrieren für die nächste Nummer...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 31. Juli 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Justizrevolte in Magdeburg.

Der Untersuchungsrichter im Bunde mit der Hugenberg-Presse gegen das Innenministerium.

Die Magdeburger Justizfronde hat sich rasch enthüllt. Am Donnerstagabend kündigte der nach Magdeburg entsandte Berichterstatter der Hugenberg-Presse an, daß der Fall Magdeburg zu einem Signal des offenen Kampfes gegen das preussische Innenministerium werden würde.

Gestern Abend hat der Untersuchungsrichter Kölling das von der Hugenberg-Presse angekündigte Signal gegeben. Er hat unter dem Vorwande, eine Flucht in die Öffentlichkeit antreten zu müssen, einen Brief an den Polizeipräsidenten von Magdeburg geschrieben.

Der Inhalt des Briefes ist: Kölling erklärt sich solidarisch mit Tenholt. Er lehnt die Zusammenarbeit mit den nach Magdeburg entsandten Kommissaren ab. Er lehnt die Zusammenarbeit mit allen Beamten ab, auf deren Bestimmung das preussische Innenministerium Einfluß hat.

Zur Vorgeschichte dieses Briefes: Am Donnerstag vormittag war Kölling bereit, mit den Kommissaren zu arbeiten. Am Freitag mittag war er nicht mehr dazu bereit. Am Donnerstagabend kündigte der Berichterstatter der Hugenberg-Presse an, daß er nicht mehr bereit sein werde.

Der Richter Kölling hat diesen Brief dem Berichterstatter der Hugenberg-Presse übergeben und in dieser Presse publizieren lassen, ehe der Brief noch in den Händen des Polizeipräsidenten von Magdeburg war, an den er gerichtet ist.

Der Berichterstatter der Hugenberg-Presse war von dem Aktionsplan des Richters Kölling bereits am Donnerstagabend unterrichtet. Er war entweder selbst bei der Absprache der Magdeburger Justizfronde, oder er ist von ihr unterrichtet worden.

Es handelt sich um einen politischen Aktionsplan von Magdeburger reaktionären Richtern, die ihr Amt mißbrauchen, gemeinsam mit der Presse des Putschisten Hugenberg. Dieser Aktionsplan richtet sich gegen das preussische Innenministerium.

Es ist selbstverständlich, daß das preussische Innenministerium die erforderlichen Schritte unternehmen wird, um die Staatsautorität gegen die Justizputschisten von Magdeburg zu wahren. Seine ersten vorläufigen Anordnungen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Eine amtliche Erklärung.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Magdeburger Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Kölling, hat an den Polizeipräsidenten in Magdeburg am 30. Juli d. J. ein Schreiben gerichtet, daß in einem Teil der Berliner Presse bereits veröffentlicht worden ist, bevor es dem Magdeburger Polizeipräsidenten zugegangen war.

Es bleibt bei den von dem preussischen Minister des Innern getroffenen Anordnungen. Die nach Magdeburg entsandten Berliner Kriminalbeamten verbleiben dort zur Verfügung der Justizbehörden.

Der Magdeburger Kriminalkommissar Paulat ist aus dienstlichen Gründen an eine andere Polizeiverwaltung abgednet.

Im übrigen wird der preussische Minister des Innern wegen der in dem Schreiben enthaltenen schweren, völlig unbegründeten Vorwürfe gegen Beamte seines Ressorts das weitere an zuständiger Stelle veranlassen.

Das Schreiben vom Richter Kölling.

Der Untersuchungsrichter I.

Magdeburg, 30. Juli.

An den Herrn Polizeipräsidenten Wenzel

hier.

Ohne daß ich darum gebeten, ohne daß ich oder der Herr Staatsanwalt über das Vorhandensein eines Bedürfnisses auch nur gefragt worden wären, wurde mir vor einigen Wochen von der Landes-kriminalpolizei Berlin der Kriminalkommissar Busdorf geschickt. Ich bedeutete ihm, daß es durchaus nicht im Interesse der Untersuchung liege, wenn ein Wechsel in dem Ermittlungsverfahren eintrete. Auf Wunsch einer hiesigen Behörde wurde schließlich ein Mittelweg dahin gefunden, daß dem Kommissar Busdorf ein ganz bestimmter, scharf umgrenzter Ermittlungsauftrag außerhalb Magdeburgs in der Gegend von Schandau übertragen wurde.

gen Behörde wurde schließlich ein Mittelweg dahin gefunden, daß dem Kommissar Busdorf ein ganz bestimmter, scharf umgrenzter Ermittlungsauftrag außerhalb Magdeburgs in der Gegend von Schandau übertragen wurde. Trotz dieser ausdrücklichen Weisung und entgegen dem Willen und Willen des Untersuchungsrichters hat Busdorf in Magdeburg und in Großrotterleben Hausdurchsuchungen vorgenommen und Beschlagnahmen ausgeführt, und zwar teilweise sogar im Beisein des Verteidigers des Angeklagten. Im Beisein des Verteidigers hat er insbesondere im Keller des Schröder'schen Hauses, und zwar in einem falschen Keller, mit einigen Spatenstichen zu graben begonnen.

Ohne daß ich oder Tenholt hiervon auch nur eine Ahnung gehabt hätten, hat Tenholt in meinem Beisein am 14. Juli die Leiche ausgegraben. Uns führte dorthin lediglich das am Morgen der Ausgrabung mir gegenüber von Schröder abgelegte Geständnis, daß die Leiche dort liege. Nach einigen Spatenstichen trat an der von Schröder uns bezeichneten Stelle die Leiche zutage. Rechtsanwalt Dr. Braun hat seinerzeit sofort in der

Presse es als das Verdienst des Busdorf hingestellt, daß die Leiche gefunden sei. Mir hat Busdorf später berichtet, daß er nur die Vermutung gehabt habe, daß die Leiche dort liege. Wodurch es sich um ein Wissen oder nur Vermuten des Busdorf handelt; unter allen Umständen war es, wie ich hiermit bei meiner ersten Erklärung in der „Magdeburger Zeitung“ hervorhob, schließlich unentscheidbar, daß Busdorf durch einige Spatenstiche die Absicht, dort zu graben, hat erkennen lassen und, indem er zur Vornahme ganz anderer Ermittlungen nach Köln fuhr, das Angefangene hat liegen lassen, ohne mir, ohne auch nur die hiesige Kriminalpolizei die geringste Kenntnis zu geben.

Es war, wie ich bereits in meiner erwähnten Erklärung hervorhob, nun die ganz ernste, nach menschlichem Ermessen auch dem Busdorf nicht unterbewußt sein förmliche Gefahr gegeben, daß die Leiche von Ritzißern oder Witzlären beseitigt wurde und daß dadurch verhindert wurde, daß überhaupt jemals die absolute Gewißheit von Hellings Ermordung — was sämtliche als Täter in Betracht kommende schämen mußte — sich ergab.

Alles Vorstehende habe ich wiederholt dem Herrn Regie-

Klage des bayerischen Justizministers.

Gerichtliche Aufklärung des Falls Gürtner.

München, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In Anwesenheit des Justizministeriums verlautet, daß gegen Dr. Levi Offizialklage wegen Verleumdung des bayerischen Justizministers Gürtner erhoben werden wird.

München, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die „Münchener Zeitung“ befaßt sich am Freitag in einem längeren, offenbar aus der Umgebung des Justizministers inspirierten Artikel mit den Anklagen des Genossen Dr. Levi gegen Dr. Gürtner. Darin wird behauptet, daß die von Levi bezeichneten Akten das glatte Gegenteil der von ihm aufgestellten Behauptungen ergeben. In dem Hauptverfahren gegen Reuzert und Ballu im Jahre 1925 seien die damaligen Augsburger Staatsanwälte Kraus und Krid und auch Dr. Gademann über die Vorgänge des 14. März 1921 ausführlich befragt worden. Keiner der drei Zeugen habe unter dem Zeugeneid auch nur einen wichtigen Anhaltspunkt dafür zu geben vermocht, daß der damalige Oberregierungsrat Gürtner in dem von Levi behaupteten Sinn eingewirkt habe. Der Justizminister sei niemals in die Lage gekommen, in dieser Angelegenheit einen Eid zu leisten. Das Verhalten des Staatsanwalts Krid lasse sich mit den Verhältnissen der damaligen Zeit leicht erklären. Daß der einen erkrankten Referenten vertretende Oberregierungsrat Gürtner, als die Herren ihn aufsuchten, sie veranlaßt haben sollte, die erlassenen Haftbefehle aufzuheben, sei geradezu absurd.

Der Kern der Dinge ist folgender: Nachweisbar ist die eigentliche Mörderzentrale in München ein Teil der sogenannten Wirtschaftsabteilung der Landesleitung der Einwohnerwehr gewesen, nämlich der Waffenbeschaffungsabteilung, die unter Leitung eines Oberleutnants Braun stand, der zurzeit abwesend ist mit bekanntem Aufenthalt — in Budapest. Ueber Braun sind sowohl der Nord an der Sandmeyer wie an Hartung gelangt. In beiden Fällen ist nachweisbar er die treibende Kraft an dem Nord. Er ist auch beteiligt an dem Nordversuch an Dobner. Wir wollen hier nicht erörtern, welche Leute über Braun hinaus von der Mörderzentrale Kenntnis gehabt haben. Es sind sehr einflussreiche Leute in Bayern gewesen.

Braun bediente sich bei den Morden gewisser Kolonnen, zu denen ständig gehörten Reuzert und Berghold. Die übrigen waren Gelegenheitsarbeiter mit Ausnahme von Schweifart, der eine besondere Rolle spielte und frühzeitig ausstieg, weil er wegen der Ermordung der Sandmeyer aus bestimmten Gründen als einziger sofort die Flucht ergreifen mußte. An der Ermordung war also die Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehr unmittelbar beteiligt. Sie war sich ihrer Beteiligung und der Rolle, die sie spielte, durchaus bewußt. Sie hat sich, um die Mörder hinterher zu decken, des Dr. Gademann bedient, nicht nur in der Fall Hartung, sondern ebenso oder, fast noch dreister, in dem Fall Sandmeyer.

Am 13./14. März stand also die Sache so, daß die Mörder des Hartung, denen Braun das Automobil gestellt hatte und denen Braun auch das Motiv zur Ermordung geliefert hatte, unmittelbar vor der Verhaftung standen.

Und nun wird Herr Dr. Gürtner um folgende zwei Dinge nicht herumkommen:

Erstens: Wer hat ihn beauftragt, mit den Staatsanwälten überhaupt zu verhandeln. Am 2. Uhr wurden die Staatsanwälte in Augsburg geholt, um 3 Uhr kamen sie ohne Anmeldung nach München und wurden sofort von dem Oberregierungsrat Gürtner empfangen. Gürtner war, als die Staatsanwälte erschienen, völlig informiert. Und nun erhebt sich die Frage:

Wer hat Gademann beauftragt, nach Augsburg zu reisen, wer hat den jungen Referendar ermächtigt, einen Staatsanwalt und einen alten Oberstaatsanwalt ins Justizministerium zu zitieren?

Wer hat den Oberregierungsrat Gürtner von dem Kommen der Herren in Kenntnis gesetzt, wer hat ihn von der Materie unterrichtet?

Zu welchem Zwecke überhaupt sind die beiden Staatsanwälte, von denen der eine gerade eine halbe Stunde nach Augsburg zurückgekehrt war, in solcher Eile nach München zurückgeholt worden, daß der Staatsanwalt Krid noch nicht einmal in Ruhe Mittag essen konnte? Warum ist nicht der Dienstoffweg eingehalten worden? Warum mußte sofort an diesem Tag entschieden werden?

Zweitens: Der zweite Kernpunkt ist folgender: Gegen die Mörder lag am 13. März ein Indizienbeweis von einer Schlüsselfähigkeit, wie er in der Kriminalgeschichte niemals geführt worden ist. Auf Grund dieses erschlagenden Indizienbeweises hat der Staatsanwalt Krid am 13. März die Haftbefehle ausgeschrieben. 24 Stunden später, im unmittelbaren Anschluß an die Unterredung mit Dr. Gürtner hat er die Haftbefehle wieder aufgehoben. War in der Zwischenzeit irgend etwas geschehen, was die Täter entlastete? Im Gegenteil, soweit inzwischen noch weitere Vernehmungen erfolgt waren, hatten sie ergeben, daß die Täter gestanden, bei ihrer früheren Vernehmung gelogen zu haben; sie gaben inzwischen zu, früher bewußt die Untersuchungsbehörden irreführt zu haben, indem sie als Mitfahrer den Brandel angaben, an Stelle des Berghold, der nicht genannt werden durfte, weil er bereits in zwei Rechtsfällen verstrickt war.

Wie ist es überhaupt denkbar, daß angesichts eines so ungeheuerlichen Beweises der Staatsanwalt auf die Idee kommen konnte — unmittelbar im Anschluß an die Unterredung mit dem Oberregierungsrat Gürtner — die eben erlassenen Haftbefehle aufzuheben?

Wie kommt es, daß er allen Vorstellungen des Regierungsrats v. Herz gegenüber taub blieb?

Das alles kommt davon, daß Herr Gürtner sich mit den Staatsanwälten darüber unterhalten hat, ob sie von Augsburg nach München gut gereist seien.

Herr Dr. Gürtner beruft sich für das Verhalten des Staatsanwalts darauf, daß es „sich mit den Verhältnissen der damaligen Zeit leicht erklären ließ“. Was versteht Herr Dr. Gürtner unter den Verhältnissen der damaligen Zeit? Einer der vom Femeauschuß bereits vernommenen Zeugen hat es wohl schon ausgesprochen, was die Verhältnisse der damaligen Zeit in Bayern waren. Er hat gesagt: „Auch die Polizeibeamten hätten das Gefühl gehabt, daß man oben nicht wünsche, daß die Mörder gefaßt würden.“ Damit ist, was die Verhältnisse der damaligen Zeit angeht, in einem Satz alles gesagt.

Im übrigen hat uns Herr Dr. Gürtner endlich die Klage angedroht. Wir sind bereit.

rungsdirektor Weich als schwere Verfehlungen Busdorfs geltend gemacht, ohne daß zur Widerlegung etwas angeführt werden konnte. Ich ersuchte auch bereits am 17. Juli um Zurückziehung des Busdorfs, worauf Herr Weich, der sich durchaus der Berechtigung meines Gesuchs nicht zu verschließen schien, erklärte, daß er nicht ohne Zustimmung des Oberpräsidenten Hörning handeln wolle. Er versprach aber, bis zum Montag schon einstweilen den Busdorf nach Berlin zu dirigieren.

Am Mittwoch, den 21. Juli, fand die bekannte Konferenz im Oberpräsidium statt. Auch dort übte ich die gleiche Kritik an Busdorf mit dem Hinweis, daß seine Weiterbeschäftigung nach meiner Überzeugung dem Interesse der Sache zuwiderlaufe. Herr Weich schlug schließlich vor, daß beide, Tenholt und Busdorf, jeder seine Spur weiter verfolgen sollten. Die Erklärung meines Einverständnisses hiermit gab ich am Schluß der Konferenz nur im Sinne der Wahl des kleineren Übels. Ich hatte nämlich den bestimmten Eindruck gewonnen, daß Tenholt, dessen Weiterverbleiben ich im Interesse der Sache für unerlässlich hielt, im Falle der von mir erfolgenden Ablehnung Busdorfs sofort verfehlt werden würde. U. a. sprach hierfür, daß der Berliner Kommissar Calzow zu Tenholt auf dem Flur gesagt hatte, daß Verfehlungsformulare schon da seien. Alles dieses habe ich noch am nächsten Tage meiner vorgelegten Behörde schriftlich berichtet.

Der genannte Calzow hat an einem der folgenden Tage ganz unzulässigerweise ohne meine Erlaubnis den Untersuchungsgefangenen Schröder zusammen mit Busdorf und Tenholt in seiner Zelle ausgesucht und gesprochen; ein Teil vom Inhalt des Gespräches fand am nächsten Tage in der Presse, und zwar nicht durch Vermittlung des Tenholt.

An einem der folgenden Tage hat Busdorf dem Sinne nach zu Tenholt geäußert: Der Haftentlassungsantrag wird wohl zurückgewiesen werden müssen; wenn die Juden schuld sind, dann müssen sie alle rein.

Ich muß dies als Beispiegelung auffassen.

Wenige Tage nach der Konferenz im Oberpräsidium, wo das Nebeneinanderarbeiten der beiden von mir zugelassen worden war, ist ja auch Tenholt befreit worden.

Eine ganze Fülle von Mitteilungen über den Fortgang der Ermittlungen ist in die Presse gelangt, die dem Fortgang der Untersuchung im ersten Maße abträglich sind; sie müssen nach meinem Dafürhalten zum erheblichen Teil durch die Berliner Kriminalkommission dahin gelangt sein. Diese dürften die Befähigung nicht ohne mein Einverständnis vornehmen, da ich allein darüber zu entscheiden habe, was im Interesse der Sache zu veröffentlichen ist und was im Interesse der Sache nicht veröffentlicht werden darf.

Am 26. Juli wurde Tenholt auf Weisung von Berlin zurückgezogen. Am 27. Juli ersuchte ich um Wiederzurückführung des Tenholt, indem ich hervorhob, daß er als derjenige, der allein von Anfang an die Entwicklung miterlebt habe, gar nicht gleichwertig ersetzbar sei — ein Gedanke, den ich schon vor seiner Abberufung dringlichst geltend gemacht hatte und der unbestreitbar ist —, daß seiner Tenholt sich durchaus bewährt und nach meiner Überzeugung völlig sachlich und einwandfrei gearbeitet habe und allein schon durch die Klarstellung der Tatsache der Ermordung überhaupt sich in der Sache ganz außerordentlich verdient gemacht habe. Dem Erlauchen ist nicht stattgegeben. Wohl aber ist am gleichen Tage das Disziplinarverfahren gegen Tenholt eingeleitet. Vor der Einleitung ist Tenholt über seine angeblichen Verfehlungen überhaupt nicht gehört worden, ebenso wenig wie ich.

Beides ist unbegreiflich, zumal ich, der zuständige Untersuchungsrichter, der doch das maßgebendste Urteil haben muß, die Tätigkeit des Tenholt immer als völlig sachlich und einwandfrei bezeichnet habe. Die Eröffnung des Disziplinarverfahrens ist ein schweres Übel für einen Beamten; im vorliegenden Falle ganz besonders, weil Tenholt gegenüber der Öffentlichkeit bloßgestellt worden ist. Gegen Busdorf ist trotz seines hergehobenen, den Verdacht der Begünstigung der Täter — gleichviel, wer diese sind — klar ergebenden Verhaltens kein Disziplinarverfahren eröffnet worden.

Nach Abberufung des Tenholt habe ich die Zusammenarbeit mit Busdorf ebenfalls abgelehnt.

Der bis dahin von der Landeskriminalpolizei auf mich ausgeübte Druck, den Busdorf trotz seines hervorgehobenen unentschuldigten Verhaltens weiter tätig sein zu lassen, die Abberufung des Tenholt, die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Tenholt in der hervorgehobenen, gar nicht zu begreifenden überstürzten Weise, endlich noch die Beurteilung des hiesigen Kriminaldirektors Müller, der das Verfahren in tatkräftiger und in jeder Beziehung einwandfreier Weise gefördert hat — alles das sind Maßnahmen, die noch meiner Überzeugung, der ich als der für die Untersuchung allein Verantwortliche folgen muß,

lediglich auf das Bestreben zurückzuführen sind, dem Fortgang der Untersuchung in der von mir eingeschlagenen Richtung entgegenzuwirken.

Bei jedem Beamten, auf dessen Bestimmung diejenige Stelle Einfluß genommen hat, von der jene Maßnahmen ausgehen, muß ich daher erstlich damit rechnen, daß das Zusammenarbeiten mit ihm den Untersuchungszweck, das heißt die Ermittlung der Wahrheit — gleichgültig wer die Täter sind — gefährdet. Durch Zulassung solcher Beamter im klaren Bewußtsein der bezeichneten Gefahr würde ich auf das schwerste gegen meine Pflicht verstoßen und mich schwer strafbar machen.

Ich lehne daher die von Berlin gesandten Kriminalkommissare ab. Ich werde nur mit Beamten arbeiten, von denen ich die Überzeugung habe, daß die bezeichnete Stelle auf ihre Bestimmungen keinen Einfluß gehabt hat.

Ich erjuchte das hiesige Polizeipräsidium ergebenst, den Berliner Kriminalkommissaren von meiner vorstehenden Ablehnungsentscheidung Kenntnis geben zu wollen und beantrage, daß das Disziplinarverfahren gegen Tenholt sofort eingestellt wird und er mit wieder zur Verfügung gestellt wird.

gez. Kölling, Untersuchungsrichter.

Die Verschwörung der Justizputzküsten.

Magdeburg, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Kanzlerung des Kölling-Briefes, der an den Magdeburger Polizeipräsidenten gerichtet ist, wird uns folgendes bekannt: In der Nacht vom Donnerstag zu Freitag fand in einem Zimmer des Hotels „Magdeburger Hof“ eine Zusammenkunft unter der Leitung des aus dem Ebert-Prozess unermüdet bekannten Rechtsanwalts Martin statt. Martin gab an eine Anzahl rechtsstehender Pressevertreter, darunter Berichterstatter des „Lokal-Anzeigers“, der „Deutschen Tageszeitung“ und der Magdeburger deutschnationalen Tageszeitung Informationen und Direktiven für die Behandlung des Kölling-Briefes. Martin steht in enger Verbindung mit dem vielgenannten Magdeburger Richterkollegium, da schon im Ebert-Prozess seine verderbliche Rolle spielte.

Mißbrauch der Amtsgewalt.

Der Berliner Justizrat Leopold Gottschalk schreibt uns aus Anlaß des unerhörten Beschwerdebriefes des Untersuchungsrichters Kölling an den Magdeburger Polizeipräsidenten:

Der Untersuchungsrichter Kölling hat am 30. Juli eine öffentliche amtliche Beschwerde an den Magdeburger Herrn Polizeipräsidenten Renzel gerichtet — die Beschwerde wurde von ihm vorher der rechtsstehenden Presse zur Veröffentlichung übergeben —, deren Form und Inhalt geeignet ist, jede Staatsautorität zu erschüttern. Gestützt auf Artikel 102 der Reichsverfassung und § 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes verlangt Herr Kölling die sofortige Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Tenholt und ihm diesen Kriminalkommissar wieder zur Verfügung zu stellen. Dieses öffentliche Verlangen stellt sich als ein gefehrvoller Mißbrauch seiner Amtsgewalt dar.

An dem von der zuständigen Behörde eingeleiteten Disziplinarverfahren gegen Tenholt hat der Magdeburger Untersuchungsrichter überhaupt keine Kritik zu üben, geschweige denn das gefehrvollere Verlangen auf Einstellung zu stellen. Auch der Richter ist dem Befehl unterworfen. Herr Kölling mißbraucht unbedeutend in die Kompetenz des Ministers des Innern. Der Untersuchungsrichter hat nach § 189 StPD. lediglich das Recht, die Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes um Ausführung einzelner Maßregeln oder um Vornahme von Ermittlungen zu ersuchen. Es ist Sache des Polizeipräsidenten oder dessen vorgelegter Behörde, den oder die Beamten zu bezeichnen, die das Erfuchen des Untersuchungsrichters ausführen. Er ist nicht einmal berechtigt, über den Kopf des Polizeipräsidenten mit den einzelnen Beamten schriftlich zu verkehren.

Noch unerhörter ist die Ablehnung hoher Polizeibeamten, die der Polizeipräsident auf Anrathung der Landespolizei zur Verfügung stellt. Die „ganze Richtung poht ihn nicht“, weil sie keine vorgefakte Meinung von der Schuld des Kubals Hoos erschüttern könnte. Die Öffentlichkeit ist erregt, weil man Zweifel an der

Objektivität und Unbefangenheit des Untersuchungsrichters begt. Gemäß soll der Richter nach seiner freien Überzeugung handeln und entscheiden. Andererseits darf aber auch die freie Überzeugung des Richters nicht ein Akt richterlicher Willkür, das Ergebnis eines dunklen Gefühlsprozesses oder allgemeiner Vermutungen sein, sondern sie muß sich auf die Prüfung der konkreten Sachlage nach den allgemein gültigen für die Feststellung historischer Wahrheit überhaupt maßgebenden Regeln der Logik und der Erfahrung gründen. Da ist von vornherein die These, daß ein solcher Industrieller einen einfachen Angestellten umbringen läßt, damit er nicht über angebliche Steuerhinterziehungen nach Erfassung der Anzeige als Zeuge austreten könnte, geradezu absurd, da die Geschäftsbücher hierfür das Corpus delicti bilden. Andererseits dürfte es in der Kriminalgeschichte noch nicht vorgekommen sein, daß derjenige, in dessen Keller der Leichnam des Ermordeten begraben war, an dem Mord als unbeteiligt erachtet wird. (Mit diesen zwei Beispielen ist die Liste der Absurditäten, die sich Herr Kölling geleistet hat, noch lange nicht erschöpft! Redaktion des „Vorwärts“).

Die neue Eingabe des Untersuchungsrichters an den Polizeipräsidenten stellt eine derartige Herabwürdigung hoher Verwaltungsbehörden dar, das sowohl der Minister des Innern als auch der Justizminister hierzu nicht länger schweigen dürfen. Auch gegen den Herrn Untersuchungsrichter muß jetzt ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden, wie gegen seinen Schilling Tenholt. Auch als Untersuchungsrichter ist er unmöglich, da insbesondere ein gebühliches und reibungsloses Zusammenarbeiten mit dem Polizeipräsidenten durch diesen öffentlichen und unberechtigten Angriff ausgeschlossen ist.

In den 90er Jahren hatte ein junger Richter, Dr. Theissen in Frankfurt a. M., an den dortigen Polizeipräsidenten eine Beschwerde (nicht öffentliche) gerichtet, worin er auf die gefehrvollere Tatsache hinwies, daß die Polizei die verhafteten Dirnen ihm viel zu spät zur richterlichen Vernehmung vorkührte. Daraufhin hat der Minister des Innern beim Justizminister die Einleitung des Disziplinarverfahrens beantragt. Der Disziplinarbescheid des Kammergerichts erkannte als Berufungsinstanz auf Strafbefehl, obwohl hervorgehoben wurde, daß Dr. Theissen sachlich im Recht gewesen war; er habe jedoch den Polizeipräsidenten verfehlt, so daß sein Wirken in Frankfurt a. M. nicht mehr gedeihlich sein könne. Dieser hoch begabte Richter wurde darauf zur Strafe von Frankfurt nach einem kleinen Amtsgericht an der Mosel versetzt und kam später als Landrichter nach Düsseldorf; von wo er nachträglich beim Landtag um seine Rehabilitierung kämpfte und vergrämt daselbst starb.

So haben damals die königlich preussischen hohen Beamten und Abgeordneten den unabhängigen und unabhängigen Richter behandelt, der nur seine gefehrvollere Pflicht ausgeübt hatte.

Unter einem früheren königlichen Justizminister wäre Herr Landrichter Kölling nach diesem seinem Auftreten gegen Polizeipräsidenten, Oberpräsidenten und Minister des Innern die längste Zeit Richter gewesen. Oder dürfen Richter in Magdeburg die höchsten Beamten der Republik unter Berufung auf ihre Unabsehbarkeit fortgesetzt weiter angreifen?

Eine politische Reichspolizei. Fühlungnahme der Länder.

Der gegenwärtige Zustand, daß nur in den Großstädten und politischen Zentren bei der Polizei besondere politische Abteilungen für politische Vergehen eingerichtet sind, hat sich auf die Dauer als unhaltbar erwiesen. In den nächsten Wochen wird, wie der Reichsdienst deutscher Presse hört, deswegen eine Fühlungnahme der Länder untereinander erfolgen, um die Vorbedingung für ein erspriehliches Zusammenarbeiten zu schaffen. Es soll im Zusammenhang mit dem Ausbau einer Reichskriminalpolizei versucht werden, die teilweise bis ins Jahr 1920 zurückgehenden Pläne für eine politische Reichspolizeioffensiv in einer neuen zeitgemäßen Form zusammenzufassen.

Musikbücher.

Von Kurt Singer.

Man kann sagen, was man will: das Musikleben Berlins, in sich gemiß verbesserungsbedürftig, bedeutet heute wieder einen Teil des musikalischen Geschehens überhaupt. Der Einfluß berlinischer Musikarbeit auf Deutschland, die übrigen Länder des europäischen Kontinents und neuerdings auch auf Amerika ist entscheidend, sowohl für die Schaffenden, wie für die Virtuosen. Es ist daher ein glücklicher Gedanke von Arnold Edcl gewesen, ein Berliner Musikjahrbuch herauszugeben (Verlagsanstalt Deutscher Tonkünstler). Das Werk zerfällt in zwei Teile. Der eine dient der Orientierung über die Berliner Tonkünstler, wobei allerdings der Name Tonkünstler ein wenig zu weit gezogen scheint. Es ist ein Adressenbuch, in dem sich jeder schnell und gründlich orientieren kann. Der wesentliche Teil besteht in Abhandlungen über das, was für Berlins Musikleben Wichtigste ist. Ich nenne hier vor allem die Aufsätze über die Berliner Singakademie, die städtische Musikpflege, das Männerchorwesen, das Lautarchiv, die verschiedenen Organisationen der Musiker und Berlins musikalische Bildungsanstalten. Daneben stehen eine Anzahl Retrologe und Würdigungen von Schillings, Anjorge, Bruno Walter, Furtwängler, Blech, Thiel, Busoni u. a. Ein reichhaltiges Handwerk, bequem lesbar und für diese eine wichtige Orientierung.

Ein höchst originelles und wichtiges Buch hat Paul Bekker mit seiner „Musikgeschichte“ auf den Markt gebracht (Deutsche Verlagsanstalt). Wie alles, was Bekker schreibt, ist auch dieses Buch höchst persönlich und eigenartig. Es ist ein nicht philologisches und ungenügendes Werk, das in der Plastik der Darstellung bereits verrät, daß es weniger geschrieben als gesprochen zu sein scheint. Es schwingt aus der Darstellung etwas Lebendiges von Mensch zu Mensch, und die Anjammung von Material, die Häufung von biographischen Daten tritt vollkommen in den Hintergrund gegenüber der psychologischen Wandlung des Formbegriffs. Bekker wäre beinahe der Mann dazu, eine Musikgeschichte zu schreiben, ohne daß ein Kompositorenname genannt würde. Substanz und Grundgedanke seines Buches ist nicht der einzelne Meister oder das einzelne Werk, sondern die Form, sowie die Metamorphose der Form und die Geschichte der Empfindungen, aus denen heraus Klang zu bestimmter Kunst werden mußte. Das ist von ihm grundlegend und mit geradezu aufregender Einheitslichkeit geschaffen worden. Für ihn gibt es keine Entwicklung im üblichen Sinne, d. h. Höherentwicklungen und Besserwerden von kleinen Anfängen zu großen Leistungen, sondern nur zwangsläufige, ästhetische und formale, zeitliche Veränderungen. In der Durchführung dieses Gedankens ist Bekkers Werk etwas Außerordentliches. Das darf gesagt werden, trotz der etwas politisierten Unterschätzung der üblichen philologischen Musikbetrachtung. Von den Grundzügen der Formbildung bei den Griechen geht der Inhalt über die gregorianische Musik zu den Niederländern, der von polnischen Musik des 16. Jahrhunderts und der italienischen Oper des 17. Jahrhunderts. Zentrum der Betrachtung, liebevoll und eindringlich zugleich ist der Abschnitt über Bach und Händel sowie die Klavier. Ueber die Romantik hinweg reicht der Atem des brillant geschriebenen Buches bis zu Wagner und Verdi, um sehr vorsichtig bei der neuen Musik zu enden.

Auch unter musikalischen Reichen finden wir wenige, die etwas über das Wesen des Musikalischen zu sagen haben oder auch nur

wissen. Die Frage, wer musikalisch sei, ist also immer wieder akut. So hat Johannes von Kries, Physiologie-Professor in Freiburg, hat bei Springer unter dem Titel „Wer ist musikalisch?“ ein sehr wertvolles Buch geschrieben. Die Verbindung von Physiologie, Psychologie und Musik wirkt sich in den einzelnen Kapiteln fruchtbar aus. Was wir auf diesem Gebiete in den letzten Jahrzehnten gelernt haben, geht schon aus einem flüchtigen Vergleich der alten Willroth'schen Arbeit des gleichen Titels („Wer ist musikalisch?“) mit dem Kries'schen Werk hervor. Das Gebiet, das sich Kries absteckt, ist so groß, daß auch diese 150 Seiten nur einen Anfang, eine Umschreibung des Themas bedeuten. Wie der Verfasser aber Stellung zu allen Fragen der Psychologie der Tonkunst nimmt, das zeigt von einer außerordentlichen Belesenheit und von einer Ausbalancierung theoretischer Gedanken mit der Praxis. Hinweise auf Musikwerke und einzelne charakteristische Notenbeispiele machen die Vektüre, die auch im Wissenschaftlichen leicht flüssig fließt, anregend. Ich nenne von besonders beachtenswerten Kapiteln die über die verschiedenen Formen der Musikalität, die Merkmale der musikalischen Veranlagung, Rhythmus und Takt, das absolute Gehör, den spezifischen Charakter der Tonarten, Unterschiede des Gedächtnisses, sowie die Kapitel über die Grundlage des musikalischen Schönen, die Erzeugung schönheitsfremder Gefühle durch Musik, die Umwertung der Musik und die Psychologie einzelner musikalischer Betätigungen. Gern hätte man von dem Verfasser mehr gehört über die Psychologie des produktiven Schaffens sowie der Technik, über die verschiedenen Formen der Phantasie, über die russische Typenlehre, auch über die spezifische Unterscheidung zwischen künstlerischem und bürgerlichem Charakter. Aber auch so ist dieses Werkchen in seinem wissenschaftlichen und künstlerischen Wert zu begrüßen.

Wertvolle Funde bei Erdarbeiten. Bei Erdarbeiten auf der Spielwiese des Kölner Stadions ist man auf große, schwere, steinerne Sarkophage aus mittelländischer Zeit gestoßen. Die Behälter selbst sind schon früher ihres Inhalts beraubt worden. Außerhalb der Behälter fanden sich weitere wertvolle Fundstücke, eine große Anzahl von Gläsern, darunter prächtige, rötliche Zweifelhaken sowie drei große, bronzene Becken in vollkommen unversehrtem Zustand. Das Hauptstück ist eine Glaschale aus gefärbtem Glas mit reichen Darstellungen, figurlichem Schluß und Gravierung. Das Stück ist prachtvoll erhalten. Das wertvollste Stück ist ein großer, silberner Löffel mit christlicher Inschrift. Die Arbeiten sind noch im Gange. Es wird mit noch weiteren Funden gerechnet.

Eine Entdeckung, die 13 Jahre unbekannt blieb. Als ein Kuriosum in der Geschichte der Entdeckungen dürfte die Auffindung der Kalambo-Wasserfälle an der Nordgrenze von Rhodesien zu betrachten sein. Erst heute wird nämlich bekannt, daß diese Fälle bereits im Jahr 1913 entdeckt worden sind. Festgestellt wurden sie von dem Engländer Scott-Brown, der von dem Hauptmann Keiley begleitet war. Die beiden Forscher fanden ein tragliches Ende; der Hauptmann wurde eines Tages von einem Leoparden zerrissen und Scott-Brown selbst geriet in deutsche Gefangenschaft und starb dort während des Krieges. In seinen hinterlassenen Papieren fand die Witwe vor einiger Zeit eine Photographie jener Wasserfälle mit genauen Aufzeichnungen. Aus diesen geht hervor, daß man es hier mit einem der höchsten Wasserfälle überhaupt zu tun hat. Wenn man dem Bericht,

wie er aus England übermittelt wird, glauben darf, würde sich der Kalambo-Sturz an dieser Stelle aus einem ziemlich schmalen Bett in vierhundert Meter Tiefe hinabstürzen. Dabei muß man im Auge behalten, daß der Niagarafall nur 47 Meter und der Victoriafall des Sambesi nur 120 Meter hoch ist. Vierhundert Meter unterhalb des eigentlichen Kalambo-Falles befindet sich noch ein kleinerer Fall von ungefähr sechzig Meter Höhe. Während der Sambesi an den Victoriafällen 900 Meter breit ist, beträgt die Entfernung von Ufer zu Ufer des Kalambo nur ungefähr 500 Meter.

Die „Mona Lisa“ soll den französischen Franken stützen. Ein amerikanisches Konsortium hat dem Louvremuseum vorgeschlagen, Lionardos „Mona Lisa“ für einige Jahre nach Amerika zu vermieten. Das Konsortium hat 3 Millionen Dollar geboten, die der französischen Staatskasse zur Stützung des Franken zustehen sollen. Der Direktor der schönen Künste, dem das Museum untersteht, Paul Bone, hat indessen jetzt nach ernstem Bedenken das Angebot abgelehnt, und zwar hauptsächlich mit der Begründung, daß, wenn man die „Mona Lisa“ auch durch Verlagerungen schützen könne, niemand bei dem heutigen Stand der Kopiertechnik dagegen geschützt sei, daß der französische Staat schließlich eine Fälschung zurückerhalten würde.

Jedem Bürger seine Gasmaske! „Sie haben sich am kommenden Sonntagabend dieses Monats vor der Gasammer in der Polizeidirektion, 2. Quergebäude, Erdgesch., Zimmer 348, zwecks Prüfung Ihrer Gasmaske einzufinden. Im Falle des Nichterscheinens haben Sie zwangsweise Vorführung zu gewärtigen.“ — Mit einer solchen polizeilichen Einladung wird wohl der Bürger der Zukunft bedacht werden, wenn der Interpellation des Unterhausabgeordneten C. O. Emmon von der Regierung stattgegeben wird. Der genannte Deputierte hat nämlich die Regierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der jeden Bürger des Inlandes ohne Rücksicht auf Geschlecht und Alter zum Besitz einer Gasmaske verpflichtet. „Diese Maßnahme darf nicht länger hinausgeschoben werden“, argumentiert Emmon, „jederzeit kann ein neuer Krieg ausbrechen, und im Handumdrehen kann eine Stadt durch Gasflugzeuggeschwader buchstäblich erstirbt werden. Die Behörden müssen den Schutz der Bevölkerung unverzüglich organisieren und die Einführung der Gasmasken obligatorisch machen. Mindestens viermal im Jahr muß sich jeder Besitzer einer Gasmaske im Gasraum von der Undurchlässigkeit seiner Maske überzeugen.“ Woraus wieder einmal hervorgeht, daß wir allen Grund haben, mit der Zivilisation zu prognostizieren und auf rückwärtigere Zeiten mit Verachtung herabzusehen.

Promotion eines Franzosen an der Frankfurter Universität. Der erste Franzose nach dem Kriege hat jetzt an der Frankfurter Universität mit einer Arbeit über die Philosophie des Friedens und des Krieges bei Professor Cornelius promoviert. Professor Cornelius ist ein bekannter Pazifist, der erst kürzlich anläßlich des pazifistischen Studentenkongresses über „Pazifistische Aufgaben“ gesprochen hat.

Der Koran darf nicht überfetzt werden. Die Unversität Al-Nagar in Kairo, die für die mosammedanische Theologie maßgebend ist, hat nach gründlicher Untersuchung und ausführlichen Diskussionen nunmehr abschließend festgestellt, daß es unzulässig ist, den Koran in fremde Sprachen zu überfetzen. Die arabische Sprache des Originals darf von keinem gläubigen Mosammedaner angetastet werden.

Der 31. Juli — Jaurès Todestag.

Ein Gedenktag des internationalen Proletariats.

Jedesmal, wenn sich die Tage nähern, die im Jahre 1914 den Beginn des großen Völkermordens brachten, jährt sich auch der Tag, an dem als erstes Opfer unter Millionen der große Führer der französischen und der internationalen Arbeiterbewegung, Jean Jaurès, von den Revolverkugeln eines fanatischen Nationalisten durchbohrt wurde.

Solange die Erinnerung an das ungeheure europäische Gemetzel in den Seelen der Menschen fortleben wird — und obwohl die Menschheit allzu vergeßlich ist, wollen wir hoffen, daß der Weltkrieg von 1914 bis 1918 als warnendes Beispiel noch jahrhundertlang unvergessen bleiben wird —, solange wird auch der Name Jaurès im Gedächtnis der Völker den ehrenden Platz einnehmen, den sein genialer und unerschrockener Träger neben vielen anderen Vorkämpfern und Märtyrern des Sozialismus erworben hat.

Der Kulturkampf in Mexiko.

Ausweisung des päpstlichen Geschäftsträgers.

Paris, 30. Juli. (WZB.) Die Haas aus Mexiko meldet, daß die mexikanische Regierung beschlossen, dem Geschäftsführer des päpstlichen Stuhls in Mexiko, Mgr. Gresei, mitzuteilen, daß er binnen 24 Stunden das Land zu verlassen habe.

Entwaffnung aller Katholiken.

Mexiko, 30. Juli. (WZB.) Der Generalstaatsanwalt ordnete an, daß die Katholiken in ganz Mexiko entwaffnet würden, weil sie nächtliche Versammlungen abhielten, die nach der Auffassung der Behörden den Zweck verfolgten, den kirchengegebenen Widerstand entgegenzustellen.

Keine diplomatische Vermittlungsfaktion. — Arbeiterkundgebungen für Gales.

New York, 30. Juli. (WZB.) Zu den bereits gemeldeten Gerüchten, daß man in den Kreisen der ausländischen Diplomaten erwäge, die Vermittlung des diplomatischen Korps in dem Streit zwischen der mexikanischen Regierung und der Priesterschaft anzubieten, verlautet, daß dem amerikanischen Botschafter in Mexiko, Sheffield, bis jetzt offiziell kein derartiger Vorschlag unterbreitet worden sei und daß er keinerlei Schritte in dieser Richtung unternommen habe.

Für Sonntag werden von den mexikanischen Arbeitern und den ihnen nahestehenden Parteigruppen Kundgebungen zugunsten der von der Regierung besetzten Politik vorbereitet.

Spanien für die Gleichheit der Ratsmächte.

Gegen das Privileg der ständigen Ratsitze.

Madrid, 30. Juli. (WZB.) Außenminister Panguas erklärte im „Journal el Liberal“: Die Stellung Spaniens ist klar und verständlich. Wir glauben, daß das Ideal des Völkerbundes erreicht sein wird, wenn in seinem Rat nur eine einzige Kategorie von Mitgliedern, die frei von der Versammlung gewählt werden, nachhandeln sein wird. Wenn der Ausschluß der Abschaffung der Kategorie der ständigen Ratsmitglieder beschließen würde, wäre Spanien das erste Land, das seine Stimme diesem Beschluß geben würde, da dieser dem Hauptideal des Völkerbundes bezüglich der rechtlichen Gleichheit aller Staaten Genüge leisten würde. Dieses Prinzip finden wir in der Völkerbundsversammlung, wo alle an ihr teilnehmenden Staaten Sitz und Stimme haben, aber es besteht nicht im Völkerbundsrat infolge des Vorhandenseins zweier Arten von Völkern — ständigen Mitgliedern und nichtständigen Mitgliedern. Wenn die erste Kategorie aufrechterhalten werde — und nicht durch den Willen aller — glaube Spanien ein Recht auf einen ständigen Ratsitz zu haben, da sonst das Prinzip der rechtlichen Gleichheit, welches vorherrschend sollte, durchbrochen wäre. Wir glauben fest, daß unsere Gegenwart, unsere Eigenschaften als wichtigstes neutrales Land, unser Ansehen in der iberischen Rasse und unsere Bedeutung als Friedenselement, uns das Recht auf diesen Rang geben.

England über Abessinien Völkerbundschritt.

London erhebt keine Einwendungen.

London, 30. Juli. (WZB.) Der amtliche englische Funkpruch bringt heute folgende Stellungnahme zu dem Appell Abessinien an den Völkerbund: Die englische Regierung begrüßt diesen Appell, der eine neutrale Prüfung der italienisch-englischen Abmachungen über Abessinien nach sich ziehen wird. England benötigt die Entwässerung des Tanasees zur Bewässerung des Sudangebietes. Der italienischen und der englischen Regierung liegt es bei ihren Abmachungen völlig fern, irgendwelche Abessinien Unabhängigkeit anzutaten und das englisch-französisch-italienische Abkommen von 1906 zu umgehen.

Abessinien soll entscheiden, ob es sofortige Beratung seines Protestes verlangt.

Genf, 30. Juli. (WZB.) Der Generalsekretär des Völkerbundes erklärte in seiner Antwort an den Regenten von Abessinien, er lege die in Genf eingelaufene Protestnote gegen das zwischen Großbritannien und Italien getroffene Abkommen bezüglich ihrer Interessen in Abessinien als Wunsch Abessinien aus, es möchte diese Angelegenheit auf einer der nächsten Völkerbundsversammlungen zur Sprache kommen. Wenn die Angelegenheit in der am 2. September dieses Jahres beginnenden Tagung behandelt werden sollte, so müsse die abessinische Regierung diesen Wunsch telegraphisch präzisieren.

Reinigung in der Labour Party.

Fünf kommunistenfeindliche Ortsgruppen ausgeschlossen.

London, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Labour Party hat beschlossen, fünf Ortsgruppen, die sich geweigert hatten, den Beschluß des vorjährigen Parteitag durchzuführen und ihre kommunistischen Mitglieder auszuschließen, als nicht mehr zur Partei gehörig zu betrachten. Unter den fünf ausgeschlossenen Ortsgruppen befinden sich drei Londoner Bezirksvereine.

Coolidge wird wieder kandidieren.

Bei der Wahl von 1928.

New York, 30. Juli. (WZB.) Wie Associated Press aus Paul Smith meldet, hat der frühere Vizepräsident Child nach einem Besuch bei Präsident Coolidge erklärt, Coolidge beabsichtige, bei den Präsidentschaftswahlen 1928 erneut zu kandidieren.

Poincarés abgekürztes Verfahren.

Nicht einmal Abänderungsanträge dürfen eingebracht werden.

Paris, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat am Freitag nachmittag mit 350 gegen 201 Stimmen einen Gesetzentwurf angenommen, nach dem im Verfolg des bereits angenommenen Dringlichkeitsverfahrens das Recht, in der am Sonnabend stattfindenden Diskussion über die Finanzvorlage Abänderungsvorschläge einzubringen, aufgehoben wird. Der unabhängige Sozialist Lafont hat im Namen seiner Partei lebhaft gegen dieses Polizeivorgehen Poincarés, das er mit dem Vorgehen Napoleons III. gegen das Parlament verglich, protestiert. Es sei unerhört, den gewählten Volksvertretern ihr ureigenes Recht, zu sprechen und zu handeln, zu unterjochen. Das Vorgehen Poincarés sei rein saskistischer Art und einfach ein Mittel, auf schicksalhaftem Wege einen Gewaltstreich gegen das Parlament vorzunehmen.

Auf Verlangen Poincarés wird die Kammer am Sonnabend vormittag in die Diskussion der Finanzvorlage eintreten, nachdem die Kammer es am Freitag ablehnte, sich über die Geschäftsordnung hinwegzusetzen und am Nachmittag bereits mit der Debatte zu beginnen. Die Diskussion wird sich ziemlich kurz gestalten. Im Laufe der Sitzung wird Poincaré, wie die Abendblätter melden, eine große Rede über seine Finanzpolitik halten. Nach Verabschiedung

der Vorlage beabsichtigt er noch vor den Ferien vor der Kammer andere Finanzvorschläge durchzusehen, die sein Programm der Finanzsanierung ergänzen sollen.

Zwanzigprozentige Fremdensteuer.

Paris, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Regierung soll beabsichtigen, eine 20prozentige Taxe allen Ausländern aufzuerlegen, wie das in Belgien geschehen ist. Nur Staatsangehörige von Ländern mit niedriger Woluta sollen davon befreit werden.

Barthou gegen das Elsa.

Paris, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Mit der Führung der elsa-lothringischen Angelegenheiten ist von Poincaré nicht ein Parlamentarier, wie behauptet worden war, sondern ein Beamter Sullin beauftragt worden. Dieser hatte bereits unter Millerand in Straßburg die Zeitung der elsa-lothringischen Angelegenheiten in Händen. Gleichzeitig wird bekannt, daß der Justizminister Barthou am Sonnabend vor der Kammer einen Gesetzentwurf einbringen wird, nach welchem „alle Personen, die zum Zwecke, einzelne Landesteile von Frankreich loszulösen, Propaganda machen“, strafrechtlich verfolgt werden sollen. Der Gesetzentwurf wendet sich speziell gegen die elsa-lothringischen Autonomisten.

Mussolinis diplomatischer Stil.

„Diese Schweine von Franzosen.“ „Diese Strolche von Deutschen.“

Paris, 31. Juli. (Eigener Bericht.) Warum wird der Text der Rede, die Mussolini anlässlich der Einweihung des Instituts für Export gehalten hat, zwei Tage zu spät veröffentlicht? Der „Corriere degli Italiani“ löst uns dieses Rätsel, indem er darauf hinweist, daß es nötig war, eine Korrektur diplomatischen Charakters an diesem Texte vorzunehmen, um verschiedene Anzüglichkeiten daraus auszumerzen, zu denen sich Mussolini im Eifer des Gefechts hat hinreissen lassen. Als Beispiele dafür werden folgende Sätze angeführt:

„Diese Schweine von Franzosen, die uns betrügen wollen...“ „Diese Strolche (ital.: „mascalzoni“) von Deutschen haben geglaubt, uns ruinieren zu können...“

Es steht fest, daß diese Rede Mussolinis einen mitteilbareren und verheerenden Eindruck auf alle Zuhörer gemacht hat: eine Auslösung auf banalster Grundlage, verziert mit minderwertigen Bestreicheleien.

Am Morgen nach dieser Rede teilten die Präzedenzen in dem üblichen väterlichen Telefongespräch der saskistischen Presse mit, daß über die Rede Mussolinis kein Wort veröffentlicht werden und nur der „verbesserte“ Text der amtlichen „Agenzia Stefani“ benutzt werden dürfe. Am Nachmittag kam dann die genannte Agentur mit folgendem „Bericht“ heraus: „Nach Pirelli sprach dann Mussolini, der die Notwendigkeiten der italienischen Ausfuhr erläuterte.“

Am späten Abend dann erst veröffentlichte „Stefani“ den Text der Rede, aus der die oben genannten „Sätze“ verschwunden waren.

Die Wirtschaftslage Polens.

Vom Ministerpräsidenten günstig dargestellt.

Warschau, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Senatsdebatte über das Ermächtigungsgesetz sprach Ministerpräsident Piłsudski nach politischen Ausführungen (die schon in unserem Abendblatt stehen. Red.) über Wirtschaft. Er sagte, die wirtschaftliche Sanierung, die jetzt zum zweiten Male vorgenommen wird, muß langsam zum Erfolg führen. Der Produktionswert Polens betrug im Jahre 1925 über 14 Milliarden Zloty in Gold. Wenn Polen trotz dieser verhältnismäßig hohen Produktionsziffer im europäischen Handel nur den dreizehnten Platz einnimmt, so ist das Fehlen zuzuschreiben, die Polen in großer Zahl auf technischem Gebiet begangen hat. Es wird das Bestreben der Regierung sein, diese Fehler und Unzulänglichkeiten erfolgreich zu bekämpfen. Die wirtschaftliche Lage Polens gestaltet sich gegenwärtig von Monat zu Monat besser. Polens Außenhandel ist ausgesprochen aktiv. Die Ernte verspricht in jeder Beziehung gut zu werden. Die Landwirtschaft wird in der Lage sein, große Mengen auszuführen. Die Regierung wird die erforderlichen Schritte unternehmen, um diese Konjunktur auszunutzen. Der Ausfuhrzoll für Weizen wird ab 1. Dezember aufgehoben werden. Es müssen auch Schritte getan werden, um den direkten Verkehr Polens mit seinen Abnehmern zu ermöglichen. Wie die Dinge heute stehen, kann man in Berlin polnische Kohle günstiger kaufen als in Warschau. Daher sollen Handelsflotte und Danziger Hafen einen weitgehenden Ausbau erfahren. Die Beziehungen Polens zu Danzig sind in letzter Zeit bedeutend besser geworden. In der Industrie ist seit Juni eine bedeutende Belebung eingetreten. Am 30. Januar betrug die Zahl der Arbeitslosen in Polen 359 119, am 17. Juli 274 471. Die Regierung wird auch zur Bekämpfung der Teuerung die notwendigen Maßnahmen ergreifen. Der Luxus einer langatmigen Verwaltungsarbeit wird dank der Vollmachten wegfallen. Auf Grund der Vollmachten wird die Regierung zu intensiver Arbeit auf dem Gebiete der Gesetzgebung schreiten, deren Kontrolle weiterhin in den Händen von Esem und Senat bleibt.

Sehr schmerzliche Empfindungen in Moskau

Einziehung der Provinzorganisationen. — Hinweis auf die Milde der Parteizentrale.

Moskau, 30. Juli. (WZB.) Die Provinzialorganisationen der kommunistischen Partei beginnen sich zu den von der Parteizentrale vorgenommenen Maßregelungen und der diesbezüglichen Kundgebung zu äußern, und zwar, wie zu erwarten war, in bedingungslos zustimmendem Sinn. An erster Stelle tut dies Leningrad, ehemals die Hochburg Sinowjews, der gleich nach dem 14. Parteitag von seinem Posten als Leiter der Leningrader Parteigruppe abgesetzt wurde und durch den dem Zentralkomitee ergebenen Komarow ersetzt wurde. Die Stimmung bleibt nach wie vor gespannt und gedrückt. Die „Iswestija“ geben dem Ausdruck, wenn sie schreiben, die Parteizentrale habe nur mit sehr schmerzlichen Empfindungen zu den Maßnahmen gegen die widerspenstigen Parteigenossen gegriffen. Zugleich unterstreicht das offiziöse Blatt nun auch, was man sich schon allgemein sagt, daß es sich bisher um eine sehr milde Strafe handelt und noch längst nicht um die Art von Strafe, die Lenin für solche Fälle vorgezogen habe. Damit er-

innert das Blatt an den vom 10. Parteitag gefassten Beschluß, monach renitente Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen und einem hochnotpeinlichen Verfahren unterworfen werden sollten. Auch durch diese Drohung wird der Ernst der Lage illustriert, steht man doch, wie das Blatt hervorhebt, jetzt einem Block aller früheren Oppositionsgruppen gegenüber.

Das Polizeiregime in Rumänien.

Willkürliches Vorgehen der Polizei gegen Gewerkschaftsmitglieder.

Bukarest, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Bukarest benachbarten Stadt Bistritza, dem Zentralort der rumänischen Erdölindustrie, fand vor einigen Tagen eine Versammlung des Erdölarbeiterverbandes statt. Wie jetzt bekannt wird, hat die rumänische Polizei unbegreiflicherweise bei dieser Gelegenheit das Gewerkschaftslokal umzingelt und dann die Gewerkschaftsmitglieder aus dem Saal getrieben. Die Polizei nahm auch Verhaftungen vor. Daraufhin zog die Menge vor das Polizeigebäude und verlangte stürmisch die Freigabe der Gefangenen. Die Polizei griff schließlich mit der blanken Waffe ein und nahm erneute zahlreiche Verhaftungen vor. Die Zahl der Verhafteten reicht an die 300. Die hiesige linksstehende Presse wendet sich scharf gegen diese Maßnahmen, fordert die Entlassung der festgenommenen Arbeiter und die Bestrafung der schuldigen Polizeibeamten.

Freie Lehrergewerkschaften.

Kongress in Paris.

Amsterdam, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genosse Dudgeest, der erst dieser Tage von einer Operation geheilt aus dem Krankenhaus entlassen wurde, begibt sich in den nächsten Tagen nach Paris, um dort mit Vertretern verschiedener Lehrerverbände die Gründung einer internationalen Organisation der Lehrerschaft zu besprechen. In einem Interview begründet Dudgeest diesen Plan wie folgt:

Vordrängend steht die Weiße der Beamten und Lehrer noch zum größten Teil außerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Annäherung zwischen ihnen und den Industriearbeitern ist eine zwingende Notwendigkeit. Ebenso wie eine Internationale der Beamten geschaffen wurde, muß man auch zu einer Internationale der Lehrer gelangen. Bisher sind alle derartigen Bestrebungen daran gescheitert, daß die Lehrer zum größten Teile stark bürgerlich, zum kleineren Teile sehr weit nach links orientiert sind. Will aber die internationale Gewerkschaftsbewegung ihren

Kampf gegen Militarismus und für Abrüstung

zum Ziele führen, so braucht sie dringend die Lehrer; denn die Lehrer können die Jugend in eine ganz andere Richtung lenken, als sie jetzt eingeschlagen wird. Eine Internationale der Lehrer muß u. a. auch auf eine Umstellung des Geschichtsunterrichtes hinwirken.

Bisher haben sich die englischen und deutschen Verbände diesen Bestrebungen ferngehalten. Wir müßten daher abwarten und die Zeit reifen lassen. Bisher haben sich einige Lehrerverbände vorläufig der Beamteninternationalen angeschlossen, während die Engländer einer internationalen Organisation in San Francisco angehören, die ein rein pädagogisches Programm hat. Ein großer Fortschritt ist es gewesen, als sich die große französische Lehrerverorganisation dem französischen Gewerkschaftsbund angeschlossen, und ein nicht minder großer Fortschritt war es, als

am 25. Juni in Amsterdam die französische Lehrerverorganisation und der Deutsche Lehrerverband über gemeinschaftliche Aktion gegen den Krieg sich verständigten.

Überall begreifen die Lehrer, welche Aufgabe ihnen in dem Kampf gegen Militarismus und Bewaffnung zufällt. Die Zeit für eine internationale Annäherung ist endlich angebrochen, und darum unternehme ich die Reise nach Paris im Einvernehmen mit dem niederländischen Lehrerbund und der französischen Organisation. Eine internationale Organisation könnte sich nunmehr unmittelbar an die französisch-deutsche Gemeinschaft anschließen, deren Hauptzweck der pädagogische Kampf gegen Krieg und Kriegsgefahr ist. Alle Lehrkräfte sind in der neuen Internationale willkommen. Holländer, Deutschösterreicher, Reichsdeutsche, Belgier, Luxemburger und Franzosen kommen in Paris zusammen.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene veranstaltet ihre diesjährige Jahreshauptversammlung am 17. und 18. September in Wiesbaden. Verhandlungsgegenstände sind das Thema „Arbeit und Ermüdung“ und die Frage „Gewerbliche Ehrenbeschädigungen und ihre Verhütung“.

Der 18. internationale Temperenzlerkongress tagte in Dorpat, der alten estländischen Universitätsstadt. Er forderte, daß der Völkermord sich nie mit der Opium-, so auch mit der Alkoholfrage befaßt und das Gemeindefestbestimmungsrecht fördert.

Befehlsgeschehen im Rheinland. Bis Ende 1925 haben wie der Kriegsminister im Unterhaus mitteilte, 648 englische Soldaten der Befehlsgeschehen deutsche Frauen geheiratet.

Gewerkschaftsbewegung

Urabstimmung über die Bischofsvorschläge.

Beschluß der Bergarbeiterkonferenz.

London, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Mittelpunkt der am Freitag veranstalteten außerordentlichen Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter stand die Entscheidung über die Friedensformel der Bischöfe, die bereits die Billigung der Exekutive gefunden hatte. Außerdem wurde eine Wiederaufnahme der Arbeit für vier Monate unter den vor der Ausperrung geltenden Arbeitsbedingungen und eine schiedsrichterliche Entscheidung nach vier Monaten besprochen. Im Gegensatz zu den Voraussetzungen der bürgerlichen Blätter, die erwarteten, daß sich die Delegierten kompromißbereiter zeigen würden als die Exekutive und auf einen baldigen Friedensschluß dringen würden, ergab sich, daß die Delegierten in ihrer Mehrheit auf dem Boden der von der Exekutive eingeschlagenen politischen Linie standen. Einige Gruppen tadelten sogar die Exekutive wegen allzu großen Entgegenkommens an den bürgerlichen Standpunkt. Die Vertreter einzelner Reviere sprachen sich sogar gegen die Friedensformel der Bischöfe aus mit der Begründung, daß ihre Reviere einer schiedsrichterlichen Entscheidung ablehnend gegenüber ständen. Ueber diesen Punkt entspann sich eine vielstündige Diskussion, die damit endete, daß die Entscheidung über die Friedensformel der Bischöfe einer Urabstimmung der Bergarbeiter unterbreitet werden soll, deren Ergebnis in einer Woche bekanntgegeben wird. Die Delegiertenkonferenz beschloß jedoch mit erheblicher Mehrheit, den Revieren die Annahme der Friedensformel zu empfehlen.

Aus dem der Konferenz durch die Exekutive vorgelegten Bericht geht hervor, daß nach Abzug der mit Erlaubnis des Bergarbeiterverbandes mit Sicherungsarbeiten beschäftigten Bergarbeiter gegenwärtig insgesamt 6100 Bergleute zur Arbeit zurückgekehrt sind, wobei alle Arbeiterkategorien eingerechnet sind. Im übrigen geht aus Gesprächen mit den Delegierten des Kongresses hervor, daß die Bergarbeiter in ihrer überwältigenden Mehrheit entschlossen sind, gegebenenfalls noch monatelang im Kampfe auszuharren.

Der Notzustand in England verlängert.

London, 30. Juli. (W.B.) Der Staatssekretär des Innern beantragte im Unterhaus die Verlängerung des beim Ausbruch des Generalstreiks verhängten Notzustandes um einen Monat. Er bemerkte dazu: Die Polizei und ich halten eine solche Verlängerung für notwendig und wünschenswert, obwohl es, wie ich mit Genugtuung feststelle, seit dem Ende des Generalstreiks zu keiner ernstlichen Störung der Ordnung gekommen ist und es nicht im geringsten nötig war, Truppen einzusetzen.

Ramsay MacDonald erklärte, die Verlängerung des Notzustandes sei eine Beleidigung für das ganze Land.

Der Antrag wurde mit 230 gegen 84 Stimmen angenommen.

Amerikanischer Arbeiterbesuch im Ruhrrevier.

Bogum, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die amerikanischen Mitglieder des Exekutivkomitees der Bergarbeiter-internationale, Telford und Boden, die sich als Delegierte der amerikanischen Bergarbeiter-Föderation zu dem infolge des englischen Bergarbeiterstreiks inzwischen verschobenen Internationalen Bergarbeiterkongress nach Europa begeben haben, sind in Bogum eingetroffen, um mit dem Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands allgemeine organisatorische Fragen zu besprechen und Eindrücke von den bergbaulichen Verhältnissen im Ruhrgebiet zu gewinnen. Der Besuch der amerikanischen Bergarbeiterführer im Ruhrrevier ist der erste seit Ausbruch des Weltkrieges. Die amerikanische Bergarbeiter-Föderation ist der Bergarbeiter-Internationale seit vielen Jahren angeschlossen. Dagegen ist die amerikanische Bergarbeiter-Föderation nicht Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbunds in Amsterdam.

Schiedspruch für die Handelshilfsarbeiter.

Gestern waren vor dem Schlichtungsausschuß die Verhandlungen über den Neuabschluss des am 30. Juli abgelaufenen Lohnvertrages für die Handelshilfsarbeiter. Die Verhandlungen führten, wie zu erwarten war, zu keiner Einigung, da die Unternehmer, wie in den direkten Verhandlungen, auf einen Lohnabbau bis zu 20 Proz. bestanden. Die Organisationsvertreter widersprachen dem ganz entschieden und erklärten von vornherein, einen Schiedspruch, der auch nur den geringsten Lohnabbau vorsehen würde, ihren Mitgliedern nicht zur Annahme zu empfehlen. Nach einer längeren Beratung der Kammer verkündete der Vorsitzende, Gewerberat Körner, einen „einstimmig“, d. h. nur mit seiner Stimme gegen die Stimmen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer gefällten Schiedspruch, der die Löhne wie folgt festsetzt:

Arbeiter bis zum 15. Lebensjahre	10 M. in der Woche,
" " " " " " " "	11 " " " " " "
" " " " " " " "	12 " " " " " "
" " " " " " " "	13 " " " " " "
" " " " " " " "	14 " " " " " "
" " " " " " " "	15 " " " " " "
" " " " " " " "	16 " " " " " "
" " " " " " " "	17 " " " " " "
" " " " " " " "	18 " " " " " "
" " " " " " " "	19 " " " " " "
" " " " " " " "	20 " " " " " "
" " " " " " " "	21 " " " " " "
" " " " " " " "	22 " " " " " "
Unverheiratete Arbeiter über 22 Jahre	35 " " " " " "
Verheiratete Arbeiter	36 " " " " " "
" " " " " " " "	37 " " " " " "

Das Lohnabkommen ist mit vierzehntägiger Frist zum Schlusse eines jeden Monats kündbar. Die Erklärungsfrist läuft bis 4. August nachmittags 4 Uhr.

Dieser Schiedspruch steht eine Verschlechterung sämtlicher Löhne vor, wenn auch nicht in dem Umfange,

wie es die Unternehmer beantragt hatten. Der Lohnabbau beträgt zum Beispiel für verheiratete Arbeiter mit Kindern wöchentlich 2,75 M. Dies ist die höchste Gruppe, die auch zahlenmäßig am stärksten im Einzelhandel vertreten ist. Es ist ziemlich bestimmt damit zu rechnen, daß die Handelshilfsarbeiter, die am Dienstag im Gewerkschaftshaus dazu Stellung nehmen, den Schiedspruch ablehnen werden.

Einigungsüberhandlungen im Einzelhandel.

Der Schlichter von Groß-Berlin hat die Berliner Einzelhandels-gemeinschaft und die Angestelltenorganisationen, die am bisherigen Gehaltsstuf beteiligt waren und den am 19. Juli gefällten Gehalts-abbauabschiedsdruck abgelehnt haben, zu Einigungsüberhandlungen eingeladen. Diese Verhandlungen finden am Montag, vormittag 10 Uhr, statt.

Jubiläumfeier der Kupferschmiede.

Die Berliner Dreiserverwaltung des Verbandes der Kupferschmiede hielt im Gewerkschaftshaus anlässlich des vierzig-jährigen Bestehens des Verbandes eine Fest-sammlung ab. Diese Veranstaltung zeigte so recht den gewerkschaftlichen Geist und die Solidarität, die den Kupferschmieden innewohnt. Der Verbandsvorsitzende, Genosse Hecht, besprach in seiner Festrede noch einmal in chronologischer Reihenfolge die Entwicklung des Verbandes. Auf Beschluß des ersten deutschen Kupferschmiedekongresses, der vom 26. bis 28. Dezember 1885 in Leipzig tagte, wurde am 1. Juli 1886 der „Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands“ ins Leben gerufen. In 31 Filialen mit 760 Mitgliedern wurde mit der Werbearbeit begonnen. Trotz polizeilicher und behördlicher Schikanen, besonders in der Zeit des Sozialistengesetzes, hat sich die Organisation zu einer der festgefügtsten Gewerkschaften in Deutschland entwickelt. Ist sie zahlenmäßig auch klein — sie hatte Ende 1925 in 103 Filialen 6072 Mitglieder —, so muß doch anerkannt werden, daß es ihr gelungen ist, 95 Proz. der Kupferschmiede zu organisieren.

Genosse Hecht hob hervor, daß es besonders anzuerkennen sei, daß die alten Kämpfer, die früher wegen ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit von Ort zu Ort getrieben wurden und ein geordnetes Familienleben nicht kannten, so treu zur Fahne der Organisation gehalten haben. Wenn sich die jüngeren Mitstreiter an den Alten ein Beispiel nehmen und ihnen nahefeiern, wird auch für die gesamte Arbeiterschaft die Stunde der Freiheit nicht mehr fern sein.

Nach der beifällig aufgenommenen Festrede wurde den 12 Berliner Jubilaren, die der Organisation seit ihrer Gründung, also 40 Jahre, ununterbrochen angehören, ein Ehren-diplom des Hauptvorstandes überreicht. Die Kupferschmiede beschloßen die Jubiläumfeier, die von Gesangsdarbietungen des Ebert-Rainz-Quartetts umrahmt war, mit einem gemüthlichen Beisammensein.

Eine angenehme Abwechslung.

Ein Opfer religiöser Wahnvorstellungen.

Die Reichsschuldenverwaltung beschäftigte einen Boten L., der Aktien von einem Bureau zum anderen zu tragen hatte. Diese Arbeit verrichtete L. zur vollen Zufriedenheit der Verwaltung. Aber er ist nervös und leidet an religiösen Wahnvorstellungen. Hätte man den krankhaft veranlagten Mann, der seine Arbeit einwandfrei verrichtete, in Ruhe gelassen, dann würde er vielleicht niemanden belästigt haben. Aber von den Beamten und Angestellten, denen L. Aktien zuzutragen hatte, wurden gelegentlich Fragen unter Bezugnahme auf seine phantastischen Vorstellungen an ihn gerichtet. L. ging immer auf solche Fragen ein. So kam es zu erregten Auseinandersetzungen und allerlei Unzuträglichkeiten. L. wurde in eine andere Abteilung versetzt. Auch hier wiederholte sich das Spiel. Er wandte sich an den Direktor seiner Abteilung und ersuchte ihn, dafür zu sorgen, daß er während des Dienstes nicht wegen seiner religiösen Anschauungen belästigt werde, denn wenn er in solche Gespräche verwickelt werde, dann sei es seine religiös-fittliche Pflicht, seinen Standpunkt zu vertreten. Der Direktor aber antwortete, die Bureauarbeit sei so eintönig, daß die Unterhaltungen mit L. eine angenehme Abwechslung (!) böten. — Schließlich spitzte sich das Verhältnis so zu, daß die Verwaltung L. kündigte, „um Ruhe im Betriebe zu haben“. Daß man Ruhe haben könne, indem man den armen Menschen in Ruhe ließ, darauf verließ der Vorgesetzte nicht.

Beim Arbeitsgericht erhob L. Einspruch gegen seine Kündigung, und der Vorsitzende des Betriebsrats trat ihm als Beistand an die Seite. Die Verwaltung hatte einen großen Zeugen-apparat aufgebaut, um zu beweisen, daß es nicht angängig sei, L. weiter zu beschäftigen. Als weiteres Beweismaterial legte die Verwaltung eine Reihe von Eingaben vor, die L. teils wegen seiner Keibereien mit Beamten, teils aus anderen Anlässen an sie gerichtet hatte. In den Eingaben, die reichlich mit religiösen Phrasen durchsetzt sind, bekundet L. seine phantastischen Ideen. Wiederholt lehrt die Bemerkung wieder, daß man ihn nicht, wie geschehen, behandeln dürfe, da er „von Gott berufen sei, Deutschland zu retten, auf daß es die Führung unter den Völkern übernehme“.

Das Gericht hielt eine Zeugenvernehmung nicht für notwendig, denn es kam auf Grund der vorliegenden Eingaben des Klägers zu dem — wie der Vorsitzende, Obermagistratsrat Schulz, sagte — einstimmigen Beschluß, daß die Klage abzuweisen ist, da L. wegen seines bedauernden krankhaften Zustandes von der Reichsschuldenverwaltung nicht weiter beschäftigt werden kann.

Um die Härte dieses Beschlusses zu mildern, schlug das Gericht vor, die Verwaltung solle eine einmalige Unterstützung von 80 M. an den Kläger zahlen und dieser die Klage zurückziehen. Der anwesende zuständige Direktor machte bureaukratische Bedenken geltend. Erstens sei die vorgeschlagene Summe zu hoch, zweitens sei kein Fonds für eine solche Unterstützung vorhanden. Den Vorstellungen des Gerichts und des Betriebsratsvorsitzenden gelang es schließlich, den Direktor über seine Bedenken hinwegzuhelfen und der vorgeschlagene Vergleich kam zustande.

Hier muß also ein harmloser Mensch seine Wahnvorstellungen, die niemand schaden, mit dem Verlust seiner Existenz büßen, während manch einer, der sich gleichfalls zur „Rettung Deutschlands“ berufen fühlt, seine vermeintliche Mission oder durch Mord und Totschlag an Andersdenkenden zu erfüllen bereit ist, sich in sicherer Stellung — auch bei Behörden — befindet.

Sparkasse oder Rotfonds?

Zu den Ausführungen des Genossen Gütler in Nr. 325 des „Vorwärts“, die sich auf den Artikel: „Munition zu den kommenden Kämpfen — Schaffe sich jeder einen Rotfonds!“ in Nr. 243 des „Vorwärts“ beziehen, wird uns geschrieben:

Genosse Gütler hält die Einrichtung von Rotfonds für den Fall einer Ausperrung oder eines Streiks für überflüssig, unter Hinweis auf die Sparkasse der Konsumgenossenschaft. Die Sparkasse sei sogar besser, da den Sparern ihr Geld stets zur freien Verfügung stehe, während die Auszahlung bei einem Rotfonds an gewisse hemmende Bestimmungen gebunden sei. Wäre diese Auffassung richtig, dann brauchte über die ganze Sache kein Wort verloren zu werden. Es genüge die Mitgliedschaft und Bedarfsdeckung in der Konsumgenossenschaft und der Hinweis auf die Sparkassen. Doch gerade das, was Gütler als einen besonderen Vorzug der Sparkasse bezeichnet, eine ständige freie Verfügung über die Gelder, ist im Sinne der Schaffung eines Rotfonds ein großer Nachteil.

Soll für den besonderen Fall des Streiks oder der Ausperrung ein Rotfonds vorhanden sein, dann muß dafür gesorgt werden, daß der Fonds gebildet wird, es müssen Hemmnisse geschaffen werden, die es verhindern, daß der Fonds vorzeitig aufgezehrt wird. An sich wäre es ja ganz einerlei, welche Aufschrift der Spartopf hat, aus dem im Notfall etwas herausgenommen werden kann. Das hieße jedoch den Unterschied zwischen Sparkasse und Rotfonds verwischen oder verkennen. Es gibt z. B. recht viele Mitglieder der Berliner Konsumgenossenschaft, die, soweit sie können oder wollen, sparen, dennoch aber einem Feuerbestattungsverein angehören. Der Zweck dieser Mitgliedschaft könnte nach der Theorie des Genossen Gütler ebenfalls durch das Sparbuch bei der Konsumgenossenschaft erreicht werden. Die Mitglieder des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung wissen jedoch sehr wohl, weshalb sie diese Mitgliedschaft aufrechterhalten, ohne damit irgend etwas gegen die Sparkassen im allgemeinen, oder die der Konsumgenossenschaft und der Arbeiterbank im besonderen sagen zu wollen.

Der Sparrer, der sich für alle Fälle einen Notarischen sichern will, ist in jedem Notfall gezwungen, darauf zurückzugreifen. Er kann sich darin keinen besonderen Beschränkungen außer den durch die Satzung vorgesehenen unterwerfen. Wer sich aber einen Rotfonds für den besonderen Fall des Streiks oder der Ausperrung sichern will, wird jede Beschränkung auf sich nehmen, die dem besonderen Zwecke dient. Er will keine Auszahlung, sondern für den speziellen Notfall des Streiks oder der Ausperrung sich die Anwartschaft sichern auf ein gewisses Quantum der notwendigsten Lebensmittel.

Genosse Gütler betrachtet die Sache vom rein genossenschaftlichen Zweckmäßigkeitsstandpunkte aus, während es sich hier um eine gewerkschaftliche Angelegenheit handelt, die in Verbindung mit der Genossenschaft und im Rahmen derselben verfaßt werden soll. Von diesem Gesichtspunkte aus ist das System der Sparbucheinrichtung nicht ausreichend. Ein Sparkonto soll wie gesagt allen möglichen Notfällen dienen. Wird es im gegebenen Falle bei einem Streik oder einer Ausperrung aufgebraucht, dann wird seinem Verlust lange Zeit nachgetrauert. Bei einem eigentlichen Kampfnotfalls wird die Inanspruchnahme, die Aufzehrung, keine Mißstimmung hinterlassen. Ein Punkt, der als Stimmungsmoment mit ins Gewicht fällt.

Die ganze Rotfondstheorie müßte von dem Zentralverband der Konsumvereine einheitlich geregelt werden. Lassen die Konsumgenossenschaften sich eine Regelung dieser Frage im Sinne des erwirtschaftlichen Bedürfnisses entgehen, dann wird die Entwicklung dahin führen, daß sie ohne die Genossenschaften, neben ihnen geregelt wird. Denn sie muß zwangsläufig eine betriebende Lösung finden, weil es das gewerkschaftliche Interesse der Arbeitnehmerschaft erfordert.

Die Gewerkschaften können sich nicht direkt mit der Sache befassen. Da ihre Mitglieder jedoch zugleich Mitglieder der Konsumvereine sind, es alle sein sollten und es werden müssen, und es sich hier um die Lieferung von Lebensmitteln im Notfall handelt, dürfen die Konsumgenossenschaften am ehesten dazu berufen sein, diesem besonderen Bedürfnis in zweckentsprechender Weise entgegenzukommen.

Der ober-schlesische Schiedspruch verbindlich erklärt.

Berlin, 30. Juli. (W.B.) Der Schiedspruch vom 23. Juli, der die Arbeitszeit und Lohnfrage für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau regelt, ist vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden.

Errichtung eines spanischen Textilarbeiterverbandes?

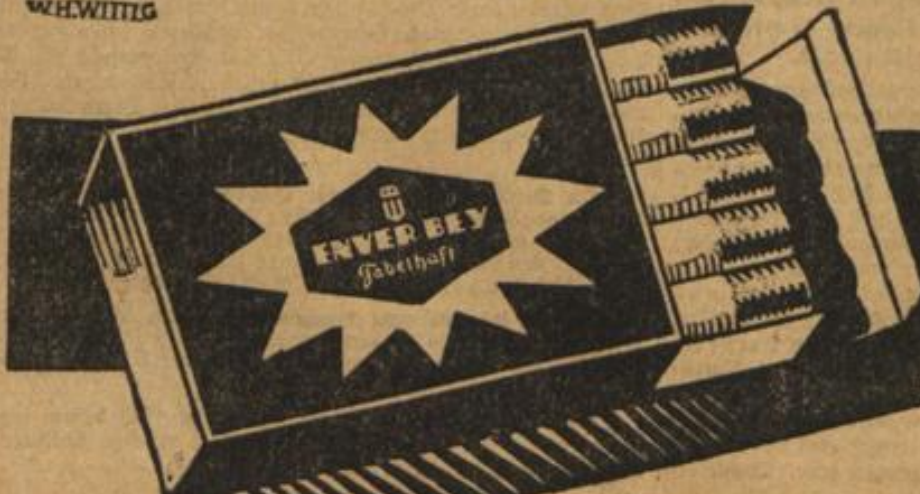
Die spanische Textilindustrie, die namentlich in Katalonien und auf den Inseln des Mitteländischen Meeres ihren Sitz hat, leidet seit einiger Zeit an einer Absatzkrise. Die Unternehmer — wie derzeit überall in solchen Fällen — suchen ihre Rettung in der Verlängerung der Arbeitszeit, während die Arbeiter mit Recht die technische Rückständigkeit der spanischen Textilfabriken für die Krise verantwortlich machen. Es ist sogar vorgekommen, daß verschiedene Unternehmer ihre Betriebe dadurch „modernisiert“ haben, daß sie ausrangierte ausländische Maschinen ankauften!

Die Föderation der Textilarbeiterorganisationen in Katalonien hat nun an alle dem spanischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Textilarbeiterorganisationen eine Einladung gerichtet, an der am 31. Juli in Barcelona stattfindenden Textilarbeiterkonferenz teilzunehmen, auf dem die Frage der Aufrechterhaltung des Achtstundentages und die Errichtung eines Landesverbandes der Textilarbeiterorganisationen zur Behandlung gelangen sollen.

Bemerkenswerterweise ist die Initiative von den katalonischen Organisationen selbst ausgegangen, die bis vor kurzem noch als Mittelpunkt der sozialistischen und kommunistischen Agitation galten. Die Einberufung der Textilarbeiterkonferenz in Barcelona ist wohl ein Beweis dafür, daß die moderne Gewerkschaftsbewegung dort nunmehr festen Boden gewinnt.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Ernst Saltenus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwirtschaft: Dr. John Schilowski; Soziales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Ed. Meise; Schriftlich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Landwehrstr. 1, Stern 1 Verlag und „Unterhaltung und Wissen“.

W.H. WITIG



ENVER BEY

Fabelhaft 30

Qualität konkurrenzlos

Wie märkische Kleinstädte aussehen.

ODERBERG



Schon oft ist hier bei der Schilderung der im Norden der Mark liegenden Städte auf den landschaftlich reizvollen Charakter jener wald- und seenreichen Gegend von der Ober bis zu Neu-Ruppin hingewiesen worden. Ein Blickpunkt dieses Touristenlandes, wie er schöner nicht gedacht werden kann, ist der östliche Ausläufer der udermärkischen Endmoräne, der sich von der bekannten Klosterkirche Chorin, nach dem an der „alten Oder“ gelegenen Oderberg hinzieht. Für den Wanderer von märkischem Reiz, da sich auf diesem Höhenrücken eine Waldlandschaft von reichster Abwechslung in Laub- und Nadelholz mit prächtigem Unterholz offenbart. Aber auch für den die Bequemlichkeit liebenden Besucher ist durch die Postautoverbindung Eberswalde—Oderberg geforgt.

Gebirgstour im Postauto.

Die Straße Eberswalde—Wiepe—Oderberg führt zum großen Teil in halber Höhe des Absturzes des genannten Waldhöhenzuges zum Wiesental der Finow hin, das den letzten Rest des am 14. Juli 1914 in bekannter theatralischer Weise „Hohenzollernkanal“ getauften, seit 1918 als Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin bezeichneten Wasserweges zwischen Berlin und der Oder umfaßt. In diesem Tal liegt die Treppenschleufe, die ein Gefälle von 36 Meter überbrückt, wozu der alte Finowkanal 14 Schleufen nötig hat.

Wer in Eberswalde im Auto die Augen zumacht und sie nach etwa zehn Minuten wieder öffnet, wird sich in eine Schwarzwald-

landschaft verfehlt fühlen, auf einen jener Wege, wie sie z. B. von Baden-Baden nach dem Sand und anderen Höhenpunkten führen. Kurze folgt auf Kurve und wird von dem großen Bogen elegant genommen; die Güte der Straße, wohl eine Folge des in dem Moränengebiet überreich vorhandenen Feldsteinmaterials, ähnelt jener der Granitstraßen Badens; nur das Rurmeln der dort allenthalben scheinbar aus dem Nichts entspringenden und in raschem Lauf zu Tal eilenden Bäche und Wasserläufe fehlt. Zur Rechten streift der Blick durch die Gipfel der hohen, auch den unteren Teil des Absturzes bedeckenden Bäume den Talboden; er blickt über dessen ganze Breite bis zu dem Höhenzuge Eberswalde—Freienwalde hinweg und bleibt an dem großen Kunstwert der Schenke haften, wo erhöhter Verkehr sich zeigt. Bei Wiepe, einem langgestreckten Dorf, verbreitert sich das Talwasser; der Pieper, dann der Oderberger See führen schließlich in die „alte Oder“ und geben damit den Anschluß an die Oderstabsfahrt. Auf diesen Seen bemerken wir Tausende von Baumstämmen; bald leben wir auch die Schneidemühlen und das lustig aufgestapelte geschnittene Holz verbreitet seinen charakteristischen Geruch. Zur Linken weist ein Wegweiser zum Wimpinellen-Berg, den ein Aussichtsturm krönt; die Kolonie Teufelsberg wird passiert — bald fahren wir in Oderberg ein. Auf dem Markt hält das Postauto — vor dem bescheidenen Rathaus sprudelt in einfacher Fassung ein Quell hervor. Schade, daß es nicht zum Brunnengebiet hat — wie schön hält es sich in Mundschmeimächten Zwiegespräche mit solchem ewig sprachlustigen Geflügel!

Andere Wege zur Stadt.

Die Straße, die wir gekommen sind, heißt die Berliner, senkrecht zu ihr mündet am Markt die Angermünder ein, die zum Wasser führt. Die Bahn Angermünde—Freienwalde hat in Oderberg einen Bahnhof — aber wo ist er? Eine halbe Stunde Weges ab, über das Wasser hinweg, durch das neue Viertel mit der „Wilhelmstraße“, nahe an Bralitz, dessen Holzlager die größte des ganzen Tals ist. Raschlich sind die Oderberger damals, als die Bahn gebaut wurde, schuld an dieser Krähmintelei; die wir in ähnlicher Weise auch schon an anderen märkischen Plätzen konstatieren konnten; — sie glaubten, daß die Bahn die Ruhe des Städtchens zu sehr störe, und ließen sich von einem Bralitzer, der den Boden der Bahn umsonst hergab, schlagen. Das Postauto ist für den häufigen Gebrauch zu teuer, der Dampfer- und Motorbootverkehr doch mehr auf Touristenzwecke eingestellt.

Aus der Geschichte der Stadt.

Einst war Oderberg ein Stapelplatz, auf dem alle die Ober aufwärtsgehenden oder per Achse eintreffenden Waren drei Tage lang zum Verkauf ausgelegt werden mußten. Berlins Handel war damals (14. und 15. Jahrhundert) mit Oderberg eng verknüpft, aber auch

Wagdeburg und die Hansestädte hatten Anteil daran. 1375 verzeichnet das Landbuch Kaiser Karls IV. für Oderberg 1400 Schock Groschen als jährliche Gebühr (das sind nach heutigem Gelde 180 000 Mark). Der Ort wurde um 1200 gegründet; auf der Höhe stand 1215 die erste Burg. Ende des 14. Jahrhunderts wurde jedoch der Schutz der Stadt und der Handelswege einer neuen Burg auf der rechten Seite des Flusses anvertraut, dem „Bärenkasten“ (nach einst hier gehaltenen Bären so genannt), der aber 1736 als unzeitgemäß abgetragen wurde und heute nur noch durch einige Reste, von Holundergebüsch und Efeu überwuchert, gekennzeichnet ist. Kriege mit Pommern und Mecklenburg, Städtebrände und Ueberschwemmungen haben in älteren Zeiten den Aufstieg der Stadt beeinträchtigt; die Bedrückungen durch den 30jährigen Krieg und der große Brand im 1672, der ganz Oderberg einscherte, liehen den einstigen Wohlstand, zumal bei den sich verändernden Handelswegen, rasch sinken. Als Stapelplatz für Holz hat Oderberg dann neue Bedeutung erlangt.

Am Fuße des Berges.

Je näher man auf der Berliner Straße dem Marktplatz kommt, desto enger wird der Raum für die Straßenseite, deren rechte Häuser mit ihren Höfen und Gärten bis an die naturgewachsene Uferstraße reichen. Aber von links rückt der Berg immer mehr der Straße auf den Leib — und der Aufstieg zu diesem 45 Meter senkrecht abfallenden Abrechtsberge wird zum Teil durch Treppen bemerkenswert. Als sind die Häuser, die sich hier, vielfach als Fachwerkbauten, mit windschiefen Wänden, geneigten Giebeln, aber auch mit schönen alten Türen und märkischen Treppen- und Hofinterieurs unsern Augen darbieten. Ein Haus neben dem Rathaus, das ältere Abbildungen zeigen, ist abgetragen; ein Garten ist an seine Stelle getreten und die warme Boge und gute Pflege haben dem Blumenstiel eine gedeihliche Entwicklung gegeben: mitten im Sommer waren die Dahlien, diese echten Herbstblumen, nicht nur hoch aufgeschossen, sondern auch schon mit großen Blumen besetzt. Hob man den Blick in die Höhe, so sah man in ein altertümliches Etwas, das dem Rathaus nach hinten zu eingefügt war, und darüber einen Teil der Kirche, die nach Stillers Entwurf in der Zeit Friedrich Wilhelms IV. auf der Anhöhe errichtet worden ist. Auf der Bergeshöhe liegt auch der Kirchhof, da das Grundwasser die Bestattung der Toten im Tal nicht rätlich erscheinen ließ. In der Nähe auch die Bastei, die wiederum eine andere Aussicht bietet.

An der „alten Oder“.

Das Wasser gibt jedem Ort nicht nur eine malerische Silhouette, sondern auch ein Eigenleben, halb sportlicher, halb hygienischer Art. Die Mädels und Bubens laufen im Badeanzug und barfuß umher, trotz der spizen Steine, die das Straßengpflaster aufweist, und die mehr erwachsene Welt sucht Kühlung auf dem Wasser im Ruder- und Seegelboot. Aber auch der Ernst der Arbeit zeigt sich zu Wasser — die schwarze Rauchsäule, die sich näbert, gehört einem Schlepper, der ein großes Floß heranzieht. Auf der Brücke stehend nehmen wir Parade ab: Sechs Mann sind auf dem Riesenfloß verteilt: 300 Meter



Alte Häuser in der Berliner Straße



Landschaft bei Oderberg

Marcia Reale.

Novelle von Andreas Lasko.

Am Feiertagen hatte die Hafenpolizei ein besonders scharfes Auge auf das Publitum, das sich in der Nähe der großen Passagierdampfer herumtrieb, und der Seher mußte tüchtig auf seiner Hut sein, wollte er nicht als verdächtiger Gefelle abgefaßt werden, lange ehe es ihm gelungen war, sich an einen Matrosen heranzumachen. Es war eine Freude, so aus der Entfernung zu beobachten, wie der zerrüttete, verwachsene Hut oft schon ganz in der Nähe des Landungssteiges auftauchte, um eine Sekunde später eiligst davonzuschweben, auf der Flucht vor einem Dreispiz, der gleich einem Haifisch über das Gebränge ruderte. Pasquali konnte sich nicht helfen, je länger er über diese unverhoffte Verzögerung ihrer Abreise nachdachte, wurde auch seine Stimmung mit jeder Minute fröhlicher! Das war vielleicht nicht recht? — Aber es war ja ohne sein Zutun geschehen — und es war doch nicht freundschaftlich, darüber zu trauern, daß er einen Tag lang spazieren gehen durfte statt Balken und Kisten zu schleppen! ... Sizziens lief niemandem davon, und ein Mädchen, das schon zweieinhalb Jahre gewartet hatte, würde schon einen Tag länger warten, wenn ... wenn es überhaupt gewartet hätte. Für ihn selbst, das fühlte Pasquali mit jeder Minute deutlicher, war dieser Tag ein Geschenk, ein letzter Festtag, an dem der Freund noch ganz ihm gehörte. Die Teilung, darauf mußte er sich gefaßt machen, würde ja doch zu seinen Ungunsten ausfallen!

Der Seher im Gegenteil sah den aufgezwungenen Rasttag als boshafte Lücke des Schicksals auf, und seine Stimme klang verärgert, als er mit der Auskunft zurückkam, der Postmeister sei bereits in die Stadt gegangen und werde kaum vor Abend auf das Schiff zurückkehren. Hätte er den Mann, von dessen Laune alles abhing, wenigstens in die Augen schauen können, die Ungewißheit wäre lange nicht mehr so quälend gewesen: so blieb alles in Schwebe bis zum nächsten Morgen. Der Teufel sollte ihren „Soldato ignoto“ holen! ...

Diesen frommen Wunsch fand Pasquali kränkend und lakris. Zunächst wahrscheinlich nur, weil die Ungebuld des Freundes seine Eifersucht reizte. Er war sich durchaus nicht im klaren, was es mit diesem unbekannten Helden für eine Bewandnis hatte, und lauerte nur auf die Gelegenheit, von dem Seher, der ja über alles Bescheid wußte, eine Erklärung einzufordern. Je weiter sie aber in die Stadt hinaufkletterten und in dem festlichen Gedränge von Automobilen, Wagen, marschierenden Soldaten und gaffendem Volk weiterkamen,

fühlte auch Pasquali sich immer stärker von der feierlichen Stimmung durchdrungen und zweifelte nicht mehr, daß es sich um ein Siegesfest handeln müsse. Die geschmückten Fenster und Balkone, die schwindelnde Menge der tief niederwallenden Trifoloren, die vielen Uniformen und Orden, die vorbeiblickten, alles erweckte ein Echo jenes Hochgefühls, das der blumengeschmückte Auszug ins Feld hinter der schmetternenden Regimentsmusik und der festliche Empfang der Heimkehrer vor dem Rathaus seiner Vaterstadt in sein Blut geschleudert hatten. Zunächst war er eigentlich nur neugierig — neugierig, die hohen Herren zu sehen, die vorbeirasteten, neugierig zu erfahren, wo sie sich alle versammelten ... aber im Kampfe mit der erregten Menge, im Schauen, Fragen, Sich-Drängen war unbemerkt das stolze Zusammengehörigkeitsgefühl in ihm wach geworden, das den einzelnen über sich emporhebt und als Bestandteil der gefeierten Kraft, kurz: als „Italiener“ vor das eigene, unbedeutende Ich hinstellt.

Der Seher war viel zu intensiv mit seinen Plänen beschäftigt, als daß ihm die Aenderung im Wesen seines Begleiters hätte auffallen können. Sein besserer Verstand sagte ihm wohl, daß es ein sinnloses Unternehmen sei, aus der hundertköpfigen Menge den deutschen Postmeister herauszufinden, den er noch gar nicht von Angesicht kannte. Aber er hatte das Schiff mit solcher Ungebuld erwartet, den Kriegsplan so unzählige Male durchdacht, daß ihm die Verzögerung mit prideleser Ungebuld erfüllte. In sich versunken ließ er sich von Pasquali durch das Gebränge lösen, nicht ahnend, daß seine Zerstreuung ihm argwöhnisch belauert wurde.

Zum erstenmal gefaßt es, daß Pasquali im Seher den Oesterreicher erblickte, den Fremden, der als gewesener Feind Italiens nicht ohne Mißgunst dieser Siegesfeier beizuhören konnte. Er war zu einfach, um sich vorzustellen, daß dieses berauschende Erlebnis aus Kanonendonner, Trompetengeschmetter, brausender Begeisterung und dem Klatschen ungezählter Trifoloren auf einen anderen tatsächlich ohne jede Wirkung bleiben könnte. Er war überzeugt, sein Freund sei absichtlich bemüht, ein gleichgültiges Gesicht zu machen, um durch sein geringschätzendes Benehmen seine Richtigkeitsnahme zu betonen. Und das kränkte ihn, schob sich wie eine feuchtkalte Scheidewand nicht nur zwischen ihn und den Seher, auch zwischen ihn und seine begeisterten Landsleute, die sich reißend der festlichen Stimmung hingeben konnten. Er selbst war ja nicht mehr fähig, den Vorgängen auf dem Fahrdrann aufmerksam zu folgen, weil ein unwiderstehlicher Zwang seine Blicke in das hochmütige Gesicht des Oesterreichers festband.

Es kam nun gar nicht mehr darauf an, wie der Seher

in Wirklichkeit sich benahm. Sein Gesicht war zur Aufnahmefläche geworden und der Verdacht Pasqualis projizierte Hohn, Verachtung oder Reid darauf, um in dem Zorn, den er derart in sich nährte, Ersatz zu finden für das stolze Hochgefühl, das sich nicht künstlich neu beleben ließ. ... Einen Weg nur gab es, der zurückführte in den Schoß der Menge, die sich unter Fahnen und Blumen gegenseitige Hochachtung bezeugte und jedem, der ihr beitrug, ein gesteigertes Selbstgefühl verlieh. ... Er mußte den Fremdkörper, der ihn gewaltsam abgefordert hatte, von sich wegstoßen, mußte mit den flammenden Worten des getränkten Patrioten sich auf die Seite seiner Landsleute stellen und sich so einen Ehrenplatz in der Gesamtheit erwerben, als ihr Verteidiger. ... Er lauerte auf die Gelegenheit, endlich loszuliegen, registrierte mit gehässigen Blicken jede Zerstreuung, jedes teilnahmlose Beiseiteschauen des Sehers und sibberte, wie ein Meuchelmörder in seiner Waffensammlung, wählertlich in dem Wortschatz, den vorgelesene Zeitungsartikel, patriotische Ansprachen und Wirtshausdebatten in ihm aufgestapelt hatten.

Der Zufall fügte, daß gerade, als sie von der nachströmenden Menge geschoben aus der Kirche heraustraten, in welcher der unbekannt Soldat unter einem Berg von Blumen und dreifarbigem Schleifen aufgebahrt lag, auf dem Plage draußen das Militär sich zum Rückmarsch in die Kaserne formierte. Kommandoworte knatterten kurz, das gliedernde Spalier zerplitterte, wie an unsichtbaren Fäden gezerrt massierten sich klirrend die Kolonnen, und die Kapelle an der Spitze stimmte schmetternd die Marcia Reale an.

Die ersten Takte schlugen Striemen in die Seele Pasqualis ... er wuchs, dehnte sich, marschierte mit allen Muskel-fasern ... sein Ich zerbarst in selbständige Teile, die sich in Reihe und Glied aufstellten hinter ihm, als hinter ihrem Führer. Der zwölfjährige Bahrjunge, der Räder schlagend vor dieser Melodie einhergesprungen war, der Gefelle, der den armen ermordeten König Umberto wenige Wochen nur vor seinem tragischen Ende bei den Klängen desselben Marsches hatte durch das Heimatstädtchen rollen sehen ... jede Erinnerung, die irgendwie mit dem Schmettern und Klängen der Marcia Reale zusammenhing, stellte ihren eigenen Geleise Pasquali in die Kette ein, und das Gefühl, an der Spitze dieser Kompanie zu marschieren, erfüllte die Brust mit Stolz, schnellte die Sohlen fester gegen das Pflaster, stellte den Anführer vor die Aufgabe, seinen Posten mit Würde auszufüllen. — — —

*) Königsmarsch.

(Fortsetzung folgt.)

lang, je 8 bis 10 Hölzer geben eine Breite und an 30 Einzelriffe sind vorhanden. Polnisches Holz — aber die Begleiter sind erst von Höhenfelsen darauf, wo der Schiffskanal in die Oder mündet. — Der Abend bricht herein — man sollte meinen, die Paare, die sich an und auf dem Wasser vergnügen, würden ihrer Lust durch Gesang Ausdruck verleihen. Aber wie der Fische, so ist auch der Märker schweigsam — er ist kein Südländer, der für Jubel und Schmerz ein Echo in der Mittwelt sucht.

Aufstieg oder Stillstand?

Im neuesten Führer steht zu lesen, daß der neue Schiffsweg dem Städtchen sichtbare Vorteile gebracht habe. Die Tatsachen, wie man sie aus dem Munde der Einwohner erfährt, scheinen leider nicht dafür zu sprechen: Die Bevölkerung ist in 30 Jahren von 4000 auf etwa 3000 gesunken, das Holzflößen ist, zumal in diesem Jahr, nicht mehr von so großer Bedeutung wie in früherer Zeit, namentlich Polen scheint ziemlich auszufallen — die Dampfer, die den Kanal benutzen, fahren, ohne anzuhalten, durch; Zeit ist Geld — die Fischerei ist nicht mehr so ergiebig wie früher... Weib die Landwirtschaft, etwas Industrie und — die Aufnahme von Sommergästen. Arbeitslosigkeit ist vorhanden; die Baulust scheint besonders sehr gering zu sein.

Das Streben nach Fremdenverkehr ist bei der prächtigen Lage Oberbergs und den Schönheiten seiner Umgebung durchaus berechtigt, findet aber seine natürlichen Grenzen in den Kopen, die die zu durchziehenden Entfernungen verursachen. Gelänge es Reichsbahn und Post, sowie der eigenen Initiative in verständigen Zusammenwirken das herrliche Dreieck Oberwalde—Oberberg—Chorin mit Poarfeiner See und Brodomin, sowie dem Naturschutzgebiet des Pfingstsee zu billigen Preise zu erschließen, so würde auch der weniger bemittelten Bevölkerung ein großer Dienst geleistet werden. Denn an Eigenart und Schönheit wird dieser Teil der Mark von keinem anderen übertroffen.

Der Hund.

Es ist sieben Uhr abends. In einem Delikatessengeschäft der Friedrichstraße steht man angeteilt, lauter angezogene Dienstmädchen, die etwas von der Bornehmtheit ihrer Herrschaften angenommen haben, Herren mit den Klären überlegener Weltkenntnis und Damen, deren Automobile vor dem Geschäft warten. Ein Herr tritt ein, bescheiden und unsicher. Er ist gut gekleidet und lebt bestimmt in angenehmen Verhältnissen. Ruhig bleibt er stehen und wartet, ganz unauffällig, sicherlich möchte er in keiner Beziehung die Aufmerksamkeit der anderen auf sich lenken. Plötzlich wendet er sich erregt um, er sucht nach irgendetwas, dann läuft er zur Tür und pfeift. Wütendes Bellen antwortet ihm, und gleich darauf rast ein kleiner, feingliedriger Fogterrier in den Laden. Nervös läuft er umher, hört nicht auf das Rufen seines Herrn, er beschneppelt die Beine der Anwesenden und protestiert mit hinterhältigem Knurren gegen jeden Versuch der Freiheitsberaubung. Einige Damen finden den Hund entsetzlich, andere ärgern sich darüber, daß er frei in dem Delikatessengeschäft herumläuft, auch der Geschäftsführer macht ein kritisches Gesicht. Schließlich gelingt es dem Herrn, den Ausreißer an die Leine zu legen. Ganz rot ist der Herr geworden. Er weiß sich jetzt im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Seine Haltung hat sich grundlegend geändert. Er steht nicht mehr da ergeben in sein Schicksal. Wütend versetzt er seinem kleinen Hund einen Hieb mit der Peitsche. Dann tritt er erregt an den Tisch. So, warum bedient ihn denn niemand? Er wartet schon über eine halbe Stunde. Seine Stimme klingt böse und groß. Der Verkäufer, der ihn vorher überhört, fragt jetzt nach seinen Wünschen mit verbindlichem Lächeln. Zusehends gewinnt der Herr an Ansehen. Selbst der Fogterrier wagt sich nicht mehr zu rühren. Selbstbewußt tritt der Herr an die Kasse und bezahlt das Viertel gefochten Schinken, der Geschäftsführer verneigt sich vor ihm. Mit erhobenem Kopf verläßt er das Geschäft, der kleine Hund umwehelt ihn mit frischerer Freundlichkeit.

Zwei Prozesse wegen Beschimpfung der Republik. Es gibt auch republikanische Richter.

Wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik stand gestern der Kaufmann Willi Günther vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Als die Kameradschaft Friedrichshain vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold von der Protestkundgebung am Gendarmenmarkt zurückkehrte, die bekanntlich gegen den Lutherischen Flaggenentwurf stattfand, traf in der Nähe des Kaufhauses Brenningmeyer in der Königstraße der 50jährige Kaufmann Willi Günther die Kameraden Kriemhild und Knöfel. Er begrüßte sie mit den Worten: „Dieser Jude n Republik rennt ihr noch immer nach.“ Als er auf das Ungehörige seiner Bemerkung aufmerksam gemacht wurde und als ein Zettelverteiler unserer Partei, der zum Volksentscheid Agitationsmaterial zur Verteilung brachte, hinzukam, erging sich Günther in den gemeinsten Ausdrücken. Trotzdem sich dies die Genossen nochmals verbat, konnte sich Günther nicht beruhigen. Schließlich ließ man seine Person durch einen Oberwachmeister von der Schupo feststellen, und auch diesem gegenüber machte Günther ähnliche beschimpfende Äußerungen über die Republik. Wie der Staatsanwalt in seiner Rede ausführte, hat sich der Angeklagte schon einmal in einem Lokal in der Rothringstraße zu beleidigenden Äußerungen über Ober hinreißten lassen. Das Verfahren wurde damals eingestellt, weil Günther vorgab, diese in der Trunkenheit getan zu haben. Wenn er auch bei dieser Verhandlung dieselbe Ausrede gebrauchte, so nahm man daraus keine Rücksicht. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf drei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis. Es begründete das Urteil damit, daß die Beschimpfungen gegen die Republik sich derart häufen, daß man infolgedessen einmal fest zugreifen müsse.

Vor demselben Schöffengericht hatten sich ebenfalls der 21jährige kaufmännische Angestellte Wunderlich und der 19jährige Klempner Löwe wegen Beschimpfung der Republik zu verantworten. Die Angeklagten hatten am 19. März an einer Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in der Bodrauerer teilgenommen und sich dann einem Zuge angeschlossen, der in losen Gruppen in die Stadt zurückzog. Dabei wurden wieder gelungen. Beim Eintritten aus der Sesselstraße in die Friedrichstraße trat die Polizei dem Zuge entgegen, weil die Bannmütze überschritten war. In diesem Augenblick wurde gerade ein Lied gesungen, das mit dem Schlussreim schloß: „Wir pfeifen auf die Judenrepublik.“ Wunderlich gab zu, das Lied, das an der Spitze begonnen worden war, mitgesungen zu haben. Er behauptete aber, daß er sich keiner schweren Sünde bemächtigt gemessen sei. Wie er in den Zeitungen gelesen habe, hätte das Reichsgericht mehrere Leute freigesprochen, weil es anerkannt habe, daß diese Bezeichnung nicht unehrlich sei. Der Vorsitzende machte den Angeklagten darauf aufmerksam, daß das Reichsgericht eine beratige Entscheidung nie getroffen hätte. Es möge ja sein, daß dergleichen in einer Zeitung gestanden habe, aber es empfehle sich wohl, die Entscheidungen selbst zu lesen. Angeklagter: „Wir leben doch in einer Republik, in der jeder seine Meinung frei und offen äußern kann.“ Vorsitzender: „Mit dem Totschläger?“ Angeklagter: „Das fällt ich nicht als Waffe auf.“ Der zweite Angeklagte befreit, mitgesungen zu haben. Er will nur das Lied, das er nicht kannte, mitgesungen haben. Das Schöffengericht verurteilte entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts die beiden Angeklagten wegen Beschimpfung der Republik zu je einem Monat Gefängnis. Mit Rücksicht auf die Jugendlichkeit der Angeklagten wurde eine dreijährige Bewährungsfrist gewährt.

Katastrophale Wolkenbrüche über Berlin. Sturmverheerungen in Schöneberg.

Während der gestrigen Nachmittagsstunden gingen über einzelne Stadtteile Groß-Berlins wieder zahlreiche wolkenbruchartige Gewitterregen nieder. Besonders heimgesucht wurde Schöneberg, Friedenau, Süden, Karlshorst und Johannisthal und ein Teil des Südens und Südostens Berlins. In der Mahenstrasse drangen Wasserfluten in ein zu ebener Erde belegenes Bureau, so daß die Feuerwehr herbeigerufen werden mußte. In Süden, vor dem Hause Dohertistr. 22, wurde von dem heftigen Sturm ein starker Baum entwurzelt, der sich quer über die Straße legte. Die Feuerwehr beseitigte das Verkehrsbehinderung. In einzelnen Straßen stauten sich die Wasserfluten infolge ungenügenden Abflusses und bildeten bisweilen Seen von beträchtlicher Wassertiefe. Die Feuerwehr wurde etwa fünfzehnmal zur Hilfeleistung angerufen. Gleichfalls am Nachmittag brach vor dem Hause Meiningen Str. 5 in Schöneberg, wo Schichtarbeiten ausgeführt werden, ein Hauptwasserrohr, das einen Teil der Straße unter Wasser setzte. Durch die ungeheuren Wassermengen wurden die Telefontafel unterteilt. Nach dreiviertelstündiger Tätigkeit gelang es der Feuerwehr, die Wassermengen zu beseitigen. Soweit bisher bekannt geworden ist, sind Blitzeinschläge nirgends erfolgt. Kurz vor Schluß der Redaktion geht uns noch die Nachricht von großen Sturmverheerungen in Schöneberg zu. Mit besonderer Gewalt vernichtete ein Wirbelsturm, ähnlich wie vor einigen Tagen in Grünau, eine große Anzahl Lauben. Besonders heimgesucht wurde die Kolonie „Höhenluft“. Drei Lauben stürzten völlig ein, andere wurden beschädigt. Bretter, Möbel und Küchengeräte wurden durch die Luft viele hundert Meter weit bis auf Süden der Gebiet mitgeführt. Auch die Mauer des Lustbades, das dem Verein für Gesundheitspflege gehört, wurde von der Gewalt der Windhose zum Einstürzen gebracht. Zahlreiche Bäume und Sträucher wurden entwurzelt oder schwer beschädigt. Da sich infolge des schlechten Wetters nicht viele Personen auf dem ausgedehnten Laubengelände aufhielten, ist glücklicherweise niemand zu Schaden gekommen.

50 neue Siedlungswohnungen in Zehlendorf.

Der Magistrat Berlin hat sich, um die Wohnungsnot zu lindern, endlich entschlossen, allerdings auf langes Drängen der Bezirksversammlung und der Bau- und Grundstücksdeputation, die notwendigen Mittel aus dem Fonds der Hauszinssteuer mit Zuschlagshypotheken zu bewilligen, um auch im Bezirk Zehlendorf, wo die Wohnungsverhältnisse teilweise sehr im argen liegen. Die Wohnungen sind bestimmt für diejenigen, die nicht in der Lage sind, eine Abzahlungsbauweise zu betreiben. Sie sind teilweise schon bezogen, der Rest wird zum 1. August belegt. Es handelt sich hier um Zweizimmerwohnungen mit Küche und Bad, Kammer und Ofenheizung. Die Zimmer sind licht und freundlich, so daß die Bewohner mit ihrem Heim zufrieden sein können. Jede Wohnung enthält circa 70 Quadratmeter Wohnfläche. Die billigste Miete einer Wohnung beträgt monatlich 56 M. Die Wohnungen wurden von der Berliner Bau-Gesellschaft friedensmäßig ausgeführt, sie stehen auf städtischem Gelände, das von der Heimstätten-Siedlungsgesellschaft Wilmersdorf auf 20 Jahre gepachtet wurde und nach dieser Zeit an die Stadt zurückgegeben werden muß. Man schaffte hier bleibende Werte. Die Gesellschaft hat bekanntlich schon zahlreiche Zwei- und Dreizimmerwohnungen in Tempelhof, Wilmersdorf und Steglitz ausgeführt. Wie der Bezirksbürgermeister Dr. Schumacher mitteilt, hat der Magistrat für weitere 250 Wohnungen Zuschlagshypotheken bewilligt. Die neuen Wohnungen sollen in der Altenteile errichtet werden. Das Gelände wird dieser Tage von der Stadt Berlin an die Heimstätten-Siedlungsgesellschaft übergeben werden, und man hofft noch dieses Jahr den Bau unter Dach zu bringen und hier der schlimmsten Wohnungsnot abzuhelfen. Hoffentlich sieht der Magistrat es damit nicht bewenden und wird auch in Zukunft weitere Mittel bewilligen. Vor allem finden auch zahlreiche Arbeiter bei den Neubauten Beschäftigung. Man hofft, daß der Reichstag in diesem Herbst endlich beschließen wird, in Zukunft das Bauprogramm für die nächsten Jahre im voraus festzusetzen, so daß die Bauunternehmer und Fabrikanten sich bereits vorher für die Neubauten des nächsten Sommerhalbjahres einrichten und ihre Arbeit dementsprechend vertiefen können. Dann wird auch die beste Zeit, der Sommer, nicht durch zeitraubende Verhandlungen verloren gehen.

Spiel und Liebe.

Liebe und Spiel Leidenschaft haben eine 22 Jahre alte Buchhalterin J. auf die schiefe Bahn gebracht. Das Mädchen war seit mehreren Jahren als Kassiererin bei einer Berliner Großfirma angestellt und genoss weitgehendes Vertrauen. Zu ihren Obliegenheiten gehörte es, die einlaufenden Gelder zu verbuchen. Seit einiger Zeit fiel es ihren Bekannten auf, daß sie einen recht luxuriösen Lebenswandel führte, der mit ihrem Gehalt wenig in Einklang zu bringen war. Eine Nachfrage bei der Firma ergab nun, daß das Mädchen das ihm geschenkte Vertrauen mißbraucht und beträchtliche Unterschlagungen erteilt hatte. Vor mehreren Wochen hatte sie einen Ausländer kennen gelernt und mit ihm ein Liebesverhältnis angeknüpft. Der Fremde war sänblicher Besucher eines Spieltubs in der Tauentzienstraße und veranlaßte seine Freundin, ihn dorthin zu begleiten. Manchmal spielte sie selbst, meist aber stellte sie dem Freunde das im Geschäft veruntreute Geld für sein Spiel zur Verfügung. Zuerst begnügte er sich mit 6000 M., spielte mit Glück und gab der J. das gefundene Geld mit 100 M. Zinsen wieder. Dann erkrankte sie der Rasse das Doppelte. Das Glück wandte sich aber von dem Spieler ab, und jetzt erklärte er, in der Schweiz weiterzuspielen, und den Verlust herinzubringen zu wollen. Er versprach, am kommenden Sonntag nach Berlin zurückzukehren. Inzwischen wurde aber die Unterschlagung entdeckt und die Kassiererin festgenommen. Ob die Erziehung von dem ausländischen Freunde auf Wahrheit beruht, oder ob das Mädchen selbst das Geld verspielt hat, bedarf noch der Aufklärung. Ingesamt ist die Firma um 14 000 Mark betrogen worden.

Ein falsches Mordgerücht.

Das Gerücht von einem Frauenmorde war gestern im Westen Charlottenburgs verbreitet. Hausbewohner fanden auf dem Grundstück Bürttembergische Allee 26/27 im Kellerklocht die Leiche einer zunächst unbekanntes Frau und benachrichtigten sofort die Polizei des Polizeiamts Charlottenburg. Die Kriminalkommissare Schmidt und Kaus, die sich mit ihren Beamten alsbald nach dem Hause begaben, stellten jedoch fest, daß die Frau nicht einem Verbrechen zum Opfer gefallen war. Es ist eine Wirtschafterin Charlotte S., die in der Göttinger-Allee in Friedenau wohnt, die Leiche war. Sie wollte am Donnerstag ihre im Hause Bürttembergische Allee ausgestellte Schwester besuchen, die am nächsten Tage in ein Krankenhaus gebracht worden sollte. Gegen 11-Uhr abends trennten sich die Schwestern. Allem Anschein nach ist sie dann noch einmal umgekehrt, fand aber den Haupteingang des Hauses verschlossen. Sie wollte einen Nebeneingang besuchen und muß dabei, da sie die Dürschheit nicht genau kannte, in den Kellerklocht hinabgestürzt sein, wo sie mit gebrochenem Genick liegen blieb. Die Leiche der Verunglückten wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Zum Selbstmord auf dem Belle-Alliance-Platz. Eingehende polizeiliche Ermittlungen haben jetzt die Personallisten des Unbekannten, der sich am Mittwochabend auf dem Belle-Alliance-Platz erschoss, festgestellt. Es handelt sich um den erst 20jährigen Bureauvater Bruno Liebe aus der Jahnstraße in Neukölln. Er, der bei einer Inkasso-Firma angestellt und mit der Einkassierung von Geldern beauftragt war, ließ sich kleinere Verfehlungen zu-

schulden kommen. Diese wurden am Mittwoch entdeckt und B. deswegen zur Rede gestellt. Es sollte leitens der Firma bei einer Verwarnung bleiben. Der junge Mann, der aber trotzdem keine Stellung zu verlieren fürchtete, nahm sich den Vorfall so zu Herzen, daß er noch am selben Abend seinem Leben ein Ende machte.

Die Fleischvergiftungsepidemie in Herzfelde. Untersuchung der Schuldfrage.

Die Fleischvergiftungsepidemie in Herzfelde hat im Laufe des gestrigen Tages keinen größeren Umfang mehr genommen und kann im allgemeinen als im Abflauen begriffen bezeichnet werden. Freitag nachmittag fand zur Klärung der Schuldfrage vor dem Amtsrichter in Herzfelde im Beisein des Kreisierarztes eine Vernehmung des Tierarztes Dr. Gaul aus Küdersdorf statt, der bei der Totschlacht auf dem Gehgut Herzfelde zugezogen worden war. Dr. Gaul gab an, daß er am Sonnabend, den 17. Juli, nach dem Gut gerufen worden war, um ein erkranktes Kind zu behandeln. Er habe festgestellt, daß das Tier an Lungentzündung erkrankt war, und darauf angeordnet, daß unzugänglich eine Totschlacht vorzunehmen sei. Die Fiebertemperatur war gering, Fleisch bleibt trotz der Erkrankung für menschliche Nahrung durchaus geeignet, während bei hohem Fieber des erkrankten Kindes eine Verwendung des Fleisches zu Nahrungszwecken ausgeschlossen sei. Am Sonntag, den 18. Juli, sei dann die Totschlacht erfolgt. Weder vorher noch nachher hätten sich bei genauerer Untersuchung Vergiftungszeichen gezeigt. Das Fleisch sei dann noch am gleichen Tage in dem Kühlraum des Schlächtermeisters Reihner in Herzfelde gemardert, der es dann nach und nach verarbeitet habe. Dr. Gaul betont übrigens, daß er seit der Vergiftungsepidemie in Kallberge-Küdersdorf ganz besondere Sorgfalt bei der Fleischbeschauung walten lasse, um eine Wiederholung dieser Vorfälle zu vermeiden. Darüber, wie trotzdem in Herzfelde eine derartige Epidemie mit noch größerem Umfange hat ausbrechen können, konnte der Tierarzt auch keine Auskunft geben. Er verwies lediglich auf die Tatsache, daß die Erkrankungen erst acht Tage nach der Totschlacht ausgebrochen seien, und daß sich auch Vergiftungserscheinungen bei Personen gezeigt hätten, die nachweislich kein Fleisch aus dem Geschäft von Reihner genossen hätten.

Warum tat er's?

Vorgeblich hat sie 12 000 Mark geerbt.

Unertürlich ist bisher der Zweck eines Schwindlers, der einer Verkäuferin in Neukölln eine billige Enttäuschung bereitet. Er erschien in dem Laden, als sie allein anwesend war, stellte sich als „Amtsgerichtsekretär Schönbürger“ vor und gab an, daß er im Auftrage des Amtsgerichts in Teltow in Preußen ihre Personalien nachprüfen habe. Ihr sei eine Erbschaft von 12 500 Mark zugefallen, und bevor die Auszahlung stattfinden könne, müsse das Gericht sich Sicherheit verschaffen. Das hochgereute junge Mädchen gab bereitwillig Auskunft. Darauf entfernte sich der angebliche Beamte mit dem Bemerkten, daß er telefonisch berichten wolle und noch einmal wiederkommen werde. Gegen 2 Uhr nachmittags erschien er abermals, erklärte, daß er zwar 7,20 Mark Gebühren habe bezahlen müssen, die Angaben der Verkäuferin seien aber nun auch bestätigt. Das Angebot des Mädchens, ihm die Auslagen zu ersetzen, lehnte er ab, ebenso eine Tafel Schokolade, die sie ihm schenken wollte. Für den nächsten Tag bestellte er die Verkäuferin nach einem Zimmer im Amtsgericht in der Neuen Friedrichstraße, wo sie das Geld in Empfang nehmen könnte. Man suchte die Betrübnis der „Erbin“ vorstellen, als sie dort hörte, daß die Behörde von einem Sekretär Schönbürger nichts bekannt war, noch weniger von einer Erbschaft. Die so schwer Enttäuschte machte nun Anzeige bei der Neuköllner Kriminalpolizei, doch ist es bisher nicht gelungen, den geheimnisvollen Schwindler zu erwischen. Seine Angabe, daß er in Spandau, Am Markt 3, wohne, hat sich als unwahr erwiesen. Der falsche Beamte, der sehr sicher und gewandt auftrat, ist etwa 40—45 Jahre alt, 1,70—1,75 Meter groß, hat graumeliertes Haar, ein barloses Gesicht und stramme Haltung und trug einen blauen Jacketanzug, einen grauen weichen Hut und über dem Arm einen Ledermantel. Mitteilungen zu seiner Ermittlung oder über andere Fälle, in denen er mit dem gleichen Schwindel aufgetreten ist, nimmt das Polizeiamt Neukölln im Zimmer 50 entgegen.

Zwei große Wohnungsbrüche.

Lohnende Beutezüge machten Einbrecher kürzlich wieder an zwei Stellen während der Nachmittagszeit. In einer Wohnung im Hause Wilhelmstraße 15 war die Inhaberin um 4 Uhr zu Verwandten nach Dahlem gefahren und hatte die Räume ohne Aufsicht zurückgelassen. Diese Gelegenheit benutzten Einbrecher, die die Gepflogenheiten der Dame genau ausgeforscht haben mußten. Kurz nach ihrem Weggang fuhren, wie beobachtet wurde, drei Männer in einem Auto vor, gingen in das Haus hinein und wurden von einem vierten, der inzwischen die Wohnungstür geöffnet hatte, eingelassen. Hinter sich sicherten die Verbrecher die Eingangstür so, daß sie von außen nicht ohne weiteres zu öffnen war. Dann durchwühlten sie alle Behälter, in denen die Schlüssel steckten. Sie erbeuteten zahlreiche wertvolle Schmuckstücke. Als der Sohn der Wohnungsinhaberin heimkehrte, konnte er nur nach vielen Verlusten die Wohnungstür öffnen. In der Zwischenzeit waren die Verbrecher mit ihrer Beute durch die Hintertür entkommen. Mitteilungen zur Aufklärung erbitet Kriminalkommissar Geisel, Dienststelle B. I im Polizeipräsidium. — Fast ebenso groß war die Beute einer anderen „Nachmittagsfotografie“, die in der Zeit zwischen 3 1/2 bis 7 1/2 Uhr eine Wohnung in der Cughavener Straße heimlich. Auch hier öffneten sie mit Nachschlüsseln und stahlen ebenfalls Schmuckstücke. Außerdem nahmen sie Wäsche mit dem Zeichen A. R., eine alte Tiroler Weisergeige von hohem Werte und 36 Riffen Bremer Zigarren mit. Aufklärende Mitteilungen für diesen Einbruch sind an die Dienststelle B. III im Polizeipräsidium zu richten.

Fallschirmabspünge in Woltersdorf bei Erkner. Das idyllisch gelegene Woltersdorf, das kürzlich der Schauplatz der furchtbaren Unwetterkatastrophe mit 14 Todesopfern war, rechnet am Sonntag, den 1. August, auf einen Rosenfest. Schon seit langem streben die Ausflugsorte am Rande Groß-Berlins danach, an den Samstagen und Feiertagen einen Rettungsdienst einzurichten, um bei vorstommenden Unfällen ohne Aufenthalt eingreifen zu können. Der Sanitätsdienst liegt nun in den Vororten vorwiegend in den Händen des „Mädchens für alles“, der Freiwilligen Feuerwehr. Gemeinden und Kreis haben in den letzten Jahren nur den notwendigen Ersatz an Material, das während der Kriegs- und Nachkriegszeit heruntergewirtschaftet war, anschaffen können. Das Woltersdorfer Unglück zeigt nun in schrecklicher Weise, wie nötig es ist, den Rettungsdienst selbst in kleineren Orten modern auszugestalten. Der bekannte Fallschirmabspünge und Konstrukteur Otto Heindke, Gräbwall bei Friedrichshagen, hat sich zur Verfügung gestellt, um am 1. August als sensationelles Sportereignis aus dem Flugzeug in den Flaksee in Woltersdorf abzuspringen. Der Abprung wird gegen 5 Uhr nachmittags erfolgen. Woltersdorf ist vom Bahnhof Rahnsdorf (Strecke Erkner) mit der Straßenbahn, von Station Erkner mit Dampfer und Motorbooten bequem zu erreichen. Die Verkehrsmittel sind ausreichend vorbereitet.

Der Mauereinsturz in Lichterfelde. Der bei den Ausschüttungsarbeiten auf dem Hof des Grundstücks Dürerstr. 4 zu Lichterfelde durch einen umstürzenden 10 Zentner schweren Mauerblock schwerverletzte Rohrleger Biluschel aus der Volkstr. 27 ist im Laufe des gestrigen Nachmittags an den Folgen furchtbarer innerer Verletzungen im Ingenieurkrankenhaus gestorben. Die Baupolizei hat eine Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnis noch nicht genau feststeht. Vermutlich ist aber der Einsturz durch zu große Untergrabung der Hausmauer erfolgt.

Nochmals die Augustmiete.

Gemeindezuschlag zur Grundvermögenssteuer.

Das Nachrichtenamt des Magistrats veröffentlicht folgende Mitteilung: Anlässlich der Bekanntmachung des Magistrats über die Erhebung von 250 Proz. Gemeindezuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer vom 1. August 1926...

Rücksichtslose Autofahrer.

Die Anfälle des Ueberholens.

Aus Verkehrskreisen wird uns geschrieben: An Tagen der Pferderennen in Hoggarten ist die von Berlin nach Frankfurt a. M. führende Chaussee zu Fuß oder mit Fahrrad kaum zu passieren; besonders in den Ortschaften Biesdorf, Kaufsdorf und Mahlsdorf gestaltet sich der Uebergang über die Chaussee zur Zeit des Anzuges oder Endes der Rennen lebensgefährlich.

Ein interessantes Verkehrsversuchsexperiment.

Das Polizeipräsidium Stuttgart ließ versuchsweise zwei seiner Wagen um die Mittagsstunde zur Hauptverkehrszeit auf einer Strecke von drei Kilometern durch die Hauptstraßen fahren, den einen Wagen ordnungsgemäß, den zweiten rechtsmöglicherweise unter Uebertretung aller Verkehrsregeln...

Die Opfer von Rummelsburg.

Nachdem erst vor wenigen Tagen auf dem Gelände des im Bau befindlichen Großkraftwerks Rummelsburg zwei Arbeiter verunglückt und mit erheblichen Verletzungen in das Rummelsburger Krankenhaus eingeliefert werden mußten, ereignete sich im Laufe des gestrigen Tages ein neuer schwerer Unfall.

Sonntag nur nach Warnemünde.

Der für Sonntag, den 1. August, vorgesehene Sonderzug 4. Klasse für ermäßigten Fahrpreisen nach Warnemünde wird bestimmt verkehren. Dagegen muß der Sonderzug nach Swinemünde-Heringsdorf infolge ungenügender Beteiligung ausfallen.

Tragischer Tod eines Bierzechnjägers. Einem tragischen Unglücksfall fiel gestern Abend der 14jährige Schüler Gerhard

Schallmach aus der Goslauer Str. 1 zum Opfer. Der Knabe hatte sich mit der dem Vater gehörigen Revolverpistole auf die Toilette begeben, wahrscheinlich um den Mechanismus der Waffe kennenzulernen. Pöflich trug er ein Schuß, und die entseht herbeieilenden Angehörigen fanden das Kind mit einem Kopfschuß blutüberströmt am Boden liegen.

Herbst-Jugendweihen im Großen Schauspielhaus.

Anmeldungen für unsere Herbst-Jugendweihen im Großen Schauspielhaus am 12., 19. und 26. September werden unter gleichzeitiger Bezahlung von 50 Pf. Einschreibgebühr bis zum 2. August in den nachfolgenden Anmeldestellen noch angenommen:

Großflugzeuge der Deutschen Luft-Hansa am Balksee. Die zwei Großverkehrsflugzeuge der Deutschen Luft-Hansa, die am 24. Juli mitternachts auf dem Tempelhofer Flugfeld gestartet waren, sind auf ihrem Flug über Königsberg-Roskav nach Ueberquerung des Urals, nach in Berlin eingetroffenen Meldungen, gestern nachmittag 4 1/2 Uhr in Irkutsk am Balksee gelandet.

Eine neue Fluglinie von Aresfeld nach Köln. Die als Zubringerlinie gedacht ist, wird am 1. August eröffnet. In Köln besteht Anschluss an alle großen Linien, die von Köln ausgehen oder Köln berühren.

Eine Automobil-Verkehrsstraße in Pommern. Um die beste Bauart für Landstraßen mit großem Automobilverkehr festzustellen, ist jetzt eine Verkehrsstraße von Swinemünde nach Rixdorf im Bau.

Reuterei im Bromberger Gefängnis. Eine Reuterei brach unter den 300 Gefangenen des Bromberger Gefängnisses aus. Das Gebäude wurde teilweise von den Reuterern zerstört, ehe es der Polizei gelang, des Aufruhrs Herr zu werden.



Der Nachmittag beginnt mit dem Vortrag trauriger Reuektionen. Darauf folgt der Vortag Emmerich Riesenbergs Lwische Ballade, ohne besondere Qualitäten zu offenbaren. Vielleicht bleibt diese Stimme nur im Radio wirkungslos.

Das Rundfunkprogramm.

Sonntag, den 31. Juli. Außer dem üblichen Tagesprogramm: 12 Uhr mittags: Die Viertelstunden für den Landwirt. 4 Uhr nachm.: Uebertragung aus Leipzig. 9 Uhr abends: Otto Reutter und die Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz von Spanowski.

Der Binger Juwelenraub.

Von dem Binger Juwelenräuber Frank sollt einstweilen jede bestimmte Spur. Fest scheint nur zu stehen, daß er sich nicht mehr auf der Insel Rügen aufhält. Die einen wollen ihn bereits in Berlin, andere in Stettin gesehen haben.

Eisenbahnkatastrophe in Frankreich. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich am Freitagmorgen in der Nähe von Paris auf dem Bahnhof Roissy la Sec. Der von Rühhausen im Schlaf kommende Perlonenzug entgleiste, als er mit einer Geschwindigkeit von 75 Kilometern über eine Weiche fuhr.

Parteinarbeiten für Groß-Berlin

- 11. Kreis Schöneberg-Teichow. Heute, Sonnabend, 31. Juli, nachmittags, findet die Schlußfeier der diesjährigen Ferienkolonie in Dohlem statt. 12. Wkt. Köpenick. Die 15. Abteilung Mannes hat heute ihr wichtiges Ziel erreicht. 13. Wkt. Rixdorf. Die Dohlemer Genossinnen und Genossen beteiligen sich...

Frauenvereinigungen:

12. Wkt. Sonntag, 1. August. Ausflug der Genossinnen nach Wannow. Treffpunkt mittags 1 1/2 Uhr im Rixdorf. Essen und Gedeck bereitet willkommen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Sommertreffen in Griefelang. Treffpunkte für heute, Sonnabend: Kaiserliches Postamt: 7 Uhr abends im Rixdorf. 8 Uhr abends im Rixdorf. 9 Uhr abends im Rixdorf.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S 14, Schötenstr. 51A, Hof 2 2a. 19.30 Uhr: Vortag: Die deutsche Arbeiterbewegung. 20.30 Uhr: Vortag: Die deutsche Arbeiterbewegung. 21.30 Uhr: Vortag: Die deutsche Arbeiterbewegung.

Briefkasten der Redaktion.

7. B. O. 34. An Stelle Sellings trat der Genosse Hermann Tempel. 8. B. O. 34. An Stelle Sellings trat der Genosse Hermann Tempel. 9. B. O. 34. An Stelle Sellings trat der Genosse Hermann Tempel.

Zur Bildung des internationalen Eisensyndikats

Der Stand der Verhandlungen.

In letzter Zeit verdichten sich die Meldungen über den Abschluss internationaler Verträge in der Eisenindustrie immer mehr. Man muß damit rechnen, daß in den nächsten Wochen wichtige Entscheidungen fallen. Die deutschen Eisenindustrie hat bereits demontiert, daß die geplante europäische Kohlenabkommensgemeinschaft vor dem Abschluss stehe. In dieser Form dürfte das Dementi fraglos richtig sein. Das schließt aber nicht aus, daß auf den verschiedensten Wegen die internationale Verständigung vorbereitet wird und bereits auf wichtigen Teilgebieten greifbare Formen angenommen hat. Die Arbeiterkraft muß damit rechnen, daß in aller nächster Zeit große Teile der Kohlenindustrie Europas und teilweise auch darüber hinaus zu festgefühten Verbänden zusammengeschlossen werden, die die Macht haben, über die Preise der Vorprodukte maßgebend zu bestimmen. Die Preise der Kohlen- und Halbfabrikate jedoch sind der wichtigste Gesteuerungsfaktor für die verarbeitende Industrie. Es lohnt sich daher, den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen und der bereits vollzogenen Verhandlungen näher darzustellen und so aufzuzeigen, in welcher Richtung auch die Arbeiterkraft ihre Abwehr der Monopolbestrebungen der Kohlenindustrie vorzubereiten hat.

Die bisherigen Vereinbarungen.

Die internationale Eisenverständigung stellt sich dar als Konvention einer ganzen Reihe von zwischenstaatlichen Vereinbarungen der Eisenindustrie verschiedener Länder. Die Vereinbarungen weisen jeweils verschiedene Unterzeihen auf und erstrecken sich zum Teil nur auf einzelne Arten von Walzwerkprodukten. Sie lassen sich in drei große Gruppen einteilen. Die erste umfaßt die Abmachungen über einzelne Sonderprodukte. Dazu gehört als wichtigste das wiedererrichtete internationale Schienenabkommen (Erma), an dem allerdings die Schienenhersteller der Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht beteiligt sind, das aber im übrigen alle europäischen Eisenindustrien von Bedeutung umfaßt. Neben diesem Syndikat, dessen Aufgabe die Regulierung der Schienenpreise auf den bisher rücksichtslos umstrittenen Exportmärkten ist, bestehen Vereinbarungen über den Röhren- und Drahtmarkt, die jedoch ihre endgültige Form nicht gefunden haben. Der Vertrag über das Röhrensyndikat ist perfekt, über Einzelheiten seiner Ausführung wird zurzeit noch beraten.

Deutsch-französisch-tschechische Kartellabreden.

Eine zweite Gruppe von Vereinbarungen umfaßt die Abmachungen, die an Stelle des nicht in Kraft getretenen Luxemburger Eisenpactes vom 16. Juni 1925 geschlossen worden sind. In ihnen werden die tschechische und die luxemburgische Eisenindustrie verpflichtet, ihre Eisen-, Stahl- und Walzwerkprodukteinfuhr nach Deutschland auf bestimmte Kontingente zu beschränken, die auf einen gewissen Prozentsatz der deutschen Gesamtzeugung begrenzt sind. Die ursprünglich beabsichtigten Kontingente für die Ausfuhr aus dem Saargebiet nach Deutschland sind im Fortfall gekommen, da es inzwischen gelungen ist, den Anschluß der Saarwerke an die Deutsche Kohlenabkommensgemeinschaft zu vollziehen bzw. vorzubereiten. Damit geht der Verkauf des Saareisens zu deutschen Kartellpreisen durch die deutschen

Verkaufsyndikate. Hierbei gehört auch die mit der tschechoslowakischen Eisenindustrie getroffene Abrede, derzufolge diese Industrie ihre Produkte nicht unter den Preisen der deutschen Verkaufsyndikate einführen kann.

Schließlich soll nach dem Vorschlag des verstorbenen August Thyssen eine große einheitliche

Regulierung des Weltmarktes

dadurch herbeigeführt werden, daß die Organisation der im Jahre 1924 errichteten Deutschen Kohlenabkommensgemeinschaft international, zum mindesten aber über ganz Europa erweitert wird.

Die Wirkung auf die Eisenverbraucher.

In den Kreisen der Eisenverarbeiter wird die Situation folgendermaßen beurteilt:

Werden diese Vereinbarungen ganz oder auch nur zum überwiegenden Teile durchgeführt, so wird die Eisenwirtschaft fast der ganzen Welt im Zeichen einer außerordentlich strengen Organisation der Produktion und des Absatzes stehen. Neben der beruhigenden und festigenden Wirkung dieser Verständigung auf die Eisenerzeuger, welche die Träger der Vereinbarungen sind, werden natürlich auch die Wirkungen auf die Eisenverarbeiter und -verbraucher nicht ausbleiben. Welcher Art diese Auswirkungen sind, muß die nächste Zukunft lehren. Die Zustimmung oder die Duldung der an diesen Abmachungen nur passiv Beteiligten sowie der das Allgemeininteresse währenden Regierung konnte naturgemäß nur gegen die bestimmte Versicherung erreicht werden, daß der Ausbau einer monopolistischen Organisation von derartiger Umfang und derartiger Bedeutung nicht zu einer rigorosen Benützung der erzeugtenen Machtstellung gegenüber den heimischen Verarbeitern und Verbrauchern benützt wird, daß im Gegenteil diese durch eine entgegenkommende Preispolitik an der durch die Erzeuger getroffenen Regelung ebenfalls interessiert werden. In der Tat muß erwartet werden, daß nach der Beseitigung des verlustbringenden Weltwettbewerbs auf den bislang unstrittenen Märkten das Bestreben, sich für Mindergewinne und Verluste im Auslandsgeschäft an überhöhten Inlandspreisen schadlos zu halten, in Fortfall kommt. Ferner dürften nach der erfolgten Sicherung des deutschen Eisenmarktes gegen alle ins Gewicht fallenden ausländischen Wettbewerber die so heiß umstrittenen Eisenzölle überhaupt hinfällig werden. Zumindest ist die hier und da in der Öffentlichkeit aufgestellte These, die Eisenverarbeiter hätten ihren bekannten Standpunkt in der Eisenzollfrage gegen geringe Zugeständnisse der Eisenerzeuger aufzugeben, falsch. Die Eisenverarbeiter haben in ihrer Eisenzollpolitik nach wie vor freie Hand.

Es wird durchaus von der Art des Gebrauches, den die Eisenerzeuger von den ihnen in die Hand gegebenen Mitteln machen, abhängen, welche Stellung die Öffentlichkeit gegenüber der privaten internationalen Eisenverständigung, die unter Umständen auf Kosten der deutschen Exportindustrien in dem noch abzuschließenden offiziellen deutsch-französischen Handelsvertrag zustande gekommen sein kann, einnehmen und damit auch, welche Geltungsdauer diesen eingegangenen Vereinbarungen beschieden sein wird.

verständigen, die gegenseitige Konkurrenz ausschalten und von Fall zu Fall, wo gemeinsame Interessen vorliegen, zusammenarbeiten wollen. Grund zu Interessenkollisionen liegt darin, daß beide Institute teilweise dieselbe Kundenschaft für Kreditgewährung haben (Kommunen und Sparkassen) und zum anderen vielfach gleichzeitig mit Emissionen auf dem Kapitalmarkt erscheinen, was natürlich wieder für die beteiligten Banken noch für die Anleiherempänger das Emissionsgeschäft verbilligen kann. Schließlich ist die Konkurrenz der beiden Institute auch der zweckmäßigen Verteilung jener öffentlichen Gelder nicht förderlich, die sich bei beiden Instituten aus den Einlagen der Staaten und Gemeinden anammeln.

Gleichwohl melde speziellen augenblicklichen Anlässe zu den Verhandlungen vorliegen, es wäre von großer Bedeutung, wenn die beiden Institute zum Zusammenarbeiten in der Form eines loseren oder engeren Kartells kämen. Die Mittel von Staaten und Gemeinden werden für die ganze Dauer der Wirtschaftskrise knapp sein und bleiben. Die Ausschaltung von Reibungswiderständen bei der Verwendung der vorhandenen Mittel und die Vereinfachung der Rassenbestände zur gemeinsamen und verabredeten Verfügung könnte die Wirksamkeit der Bestände erhöhen und kämen einer Rationalisierung der Rassenführung bei Staaten und Gemeinden gleich. Dann wird die Zukunft für Staaten und Gemeinden (Arbeitsbeschaffung, Wohnungsbau, Rotstandsarbeiten) starken Anleihebedarf bringen. Auch für dessen Befriedigung, ob im Inland oder Ausland, wäre das Zusammengehen und das Zusammenwirken in einem Konföderation vorteilhaft. Der Preussische Staatsbank insbesondere, der bisher nicht mit Unrecht das Odium einer mehr privaten als öffentlichen Großbank anhängt, könnte durch eine engere Bindung ihres Geschäftskreises an die Gemeinden für ihre Aufgaben als Staatsbank nur gewinnen. Endlich wäre es durchaus begrüßenswert, wenn auch die beiden anderen öffentlichen Großbanken, Reichskreditgesellschaft und Preussische, mit Seehandlung und Girozentrale für Emissions- und Konföderationsgeschäfte, aber auch für den internen Rassenausgleich ihrer Kundenschaft, engere Fühlung hätten als bisher.

Wie gemeldet wird, ist das Zustandekommen einer kommunalen Sammelanleihe zur Ablösung der Vorkriegs- und Inflationsanleihen der Gemeinden gesichert. Eine Umfrage bei den einzelnen Kommunalverbänden hat ergeben, daß eine ausreichende Beteiligung zu erwarten ist. Nur einige große Städte dürften selbständig vorgehen. Die Höhe der Anleihe steht noch nicht fest. Das Ergebnis der Kundfrage wird voraussichtlich Ende August vorliegen. Aufgelegt wird die Anleihe von der Deutschen Sparkassen- und Girozentrale.

Zur Pfandbriefaufwertung. Eine Verordnung des Reichsjustizministers vom 28. Juli bestimmt, daß die Besitzer von alten Hypothekenspfandbriefen ihren Anspruch auf Aufwertung, soweit es noch nicht geschehen ist, bis spätestens zum 30. September dieses Jahres bei den Hypothekeninstituten anzumelden haben (Besitzer außerhalb Europas: bis zum 15. November). Wenn die Hypothekentant usw. der Aufwertungsforderung widerspricht, so hat dies bis spätestens zum 15. Oktober zu geschehen; in diesem Fall muß der Gläubiger den Anspruch bis zum 31. Oktober gerichtlich begründen. — Die Verordnung enthält weiter ausführliche Bestimmungen über die Rechte derjenigen Hypothekensbanken, die an ihre Pfandbriefgläubiger 4½prozentige Goldpfandbriefe (Liquidationspfandbriefe) auszugeben beabsichtigen oder solche Pfandbriefe als Mobilitätspfandbriefe den Eigentümern zur Rückzahlung von Hypotheken ausändigen wollen. In beiden Fällen können die Hypothekensbanken den Eigentümern und Schuldnern bestimmte Bedingungen betreffend die Zahlungsstermine und die Umrechnung der Kapital-, Tilgungs- und Zinsbeträge stellen. Diese Bedingungen bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde und sind im Reichsanzeiger zu veröffentlichen.

Eine zweite Exportkreditversicherung. Vor drei Monaten hat das Reichswirtschaftsministerium bekanntlich die Einrichtung einer Exportkreditversicherung durchgeführt, um dem deutschen Exporthandel neue Märkte und der inländischen Industrie neue Aufträge zu verschaffen. Mit einem Gesamtbetrag von 10 Millionen Mark, der dem Fond für die produktive Erwerbslosenfürsorge entnommen wird, hat das Reich für den Fall des sogenannten Katastrophenrisikos (Krieg, Moratorium, Revolution, Erdbeben u. a.) eine Ausfallgarantie übernommen. Zu diesem Exportkreditversicherungssystem gehören auch die Ausfallgarantien, die das Reich und die Länder für die Warenkreditgeschäfte mit Ausland übernommen haben. Die Exportkreditversicherung wird jetzt nach den speziellen Wünschen der Hamburger Exporteure weiter ausgebaut. Die Haftung des Reichs, die beteiligten Versicherer- und Rückversicherungsgesellschaften, auch die Versicherungsbedingungen sind dieselben wie bei der ersten Art. Jedoch wird der Kreis der Beteiligten verkleinert, die Organisation vereinfacht und strenger zusammengefaßt. Es wird nicht die Zahlungsleistung des ausländischen Kunden, sondern die Zahlungsfähigkeit des Exporteurs versichert. Und die Versicherungsgesellschaft entscheidet nicht den Exporteur, sondern die kreditgebende Bank. Der Exporteur haftet mit anderen Worten persönlich der Bank, und die Bank macht sich im Schadensfall direkt bei der Versicherung bezahlt. Selbstverständlich erhält auch in diesem Fall die Bank vom Exporteur den Wechsel des Auslandskunden und das Eigentumsrecht an den schwimmenden oder fahrenden Ware übertragen. Das hat zur Folge, daß auch alle Zahlungen des Kunden direkt über die Bank laufen, die ihre Ansprüche direkt aus den Zahlungen befreit. Die Neuordnung hat manche Vorteile: die Verantwortung für die Zahlungsfähigkeit des Auslandskunders ist stärker dem Exporteur zugewiesen, die kreditgebende Bank kann sich über den inländischen Exporteur und seine Verlässlichkeit schneller informieren, als über den Auslandskunden, der Rückschlüsse der Versicherung und die Beauftragung der Ausfallforderung werden beschleunigt. Durch die Vereinerung des Kreises der Beteiligten und die Erleichterung der Kontrolle werden auch Kosten gespart; die Vorzugsprovision der Bank wird verringert und der Behördenapparat (Versicherung und Reich) wird vereinfacht.

Aus dem Berliner Großmühlkonzern. Bekanntlich haben sich die vier Berliner Großmühlen, Viktoriamühle, Humboldt-mühle, Weizenmühle Karl Salomon u. Co. und Berliner Dampfmühlen, also die Mühlen des Blumenstein-Konzerns, unter der Firma Betriebsgesellschaft Berliner Dampfmühlen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. In der Generalversammlung der Berliner Dampfmühlen, die am Donnerstag stattfand, wurde die formelle Zustimmung zum Abschluß der entsprechenden Verträge gegeben und gesagt, daß die Beteiligungsquoten für die einzelnen Mühlen die folgenden sind: Berliner Dampfmühlen 19 Prozent, Viktoriamühle 25 Prozent, Humboldt-mühle 22 Prozent, Weizenmühle Karl Salomon u. Co. 32 Prozent. Betriebsgesellschaft Berliner Dampfmühlen 2 Prozent. Ueber die Geschäftslage gab die Verwaltung das folgende Bild. Wie an der Betriebsgemeinschaft beteiligten Mühlen sind über ihre Leistungen gearbeitet, teilweise unter Zuhilfenahme des Sonntags. Die Produktion ist für Wochen zu einigermaßen lohnenden Preisen ausverkauft.

Aufkaufsbeschränkung für Franken- und Lirenoten. Die starke Bewegung der Franken- und Lirenoten hat die Reichsbank zu einer Einschränkung im Ankauf von Noten und Devisen dieser Währungen veranlaßt. Um das Risiko aus der Entwertung zu verringern, erfolgen Auszahlung und Abrechnung angekaufter Lire- und Frankennoten in Zukunft nur noch nach erfolgter Bewertung, nicht mehr schon beim Ankauf der Stücke. Auch die Reichsbank scheint demnach zu den Aktionen Poincarés kein besonders großes Vertrauen zu haben.

Die Zinsengruete der Reichsbank.

Dürftige Ergebnisse.

Die Reichsbank teilt mit:

Die vom Reichsbankdirektorium im Mai dieses Jahres durch Vermittlung der Reichsbankanstalten angestellten umfangreichen Erhebungen über die Höhe der Zinsen, welche im Bankverkehr zur Berechnung gelangen, haben ergeben, daß im allgemeinen ein angemessener Abbau des Zinsniveaus entsprechend der eingetretene Erleichterung des Geldmarktes und der vorgenommenen Diskontermäßigungen der Reichsbank bei den Privatbanken und sonstigen Geldinstituten erfolgt ist. Dennoch ist festzustellen, daß die dauernden Bemühungen der Reichsbank einen entsprechenden Erfolg gezeitigt haben, zumal ja auch die Konkurrenz der Kreditinstitute untereinander und mit ausländischen Geldgebern nach derselben Richtung wirkte.

Die örtlichen Bankenvereinigungen haben im allgemeinen ihre Konditionen teils von sich aus, teils nach Verhandlungen, die die Reichsbankanstalten mit ihnen geführt haben, den von der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers festgelegten Normallagen angepaßt; auch in der Berechnung von Provisionen und sonstigen Nebenspesen sind Erleichterungen erzielt worden. Die den Vereinigungen nicht angeschlossenen Banken und Bankiers, Kommunalbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften und ähnlichen Kreditinstitute haben überwiegend gleichfalls sich mit ihren Bedingungen entsprechend angepaßt. Im wesentlichen sind es nur noch eine Anzahl kleinerer Institute — meist ländliche Genossenschaften und ländliche Sparkassen, vereinzelt auch private Bankgeschäfte — in entlegeneren, der Einschuldung der Reichsbank weniger zugänglichen Gebieten, bei denen noch mehr oder weniger Mißstände in der Zinsengruete festgestellt wurden. Zur Abstellung derselben sind Verhandlungen mit den betreffenden Spitzenverbänden im Gange, wie überhaupt die Reichsbank der Frage der Entwicklung der Kreditkosten und der Zinsspanne auch weiterhin die größte Aufmerksamkeit schenkt.

Die Bemühungen der Reichsbank können sich naturgemäß nur auf die Befestigung der allgemeinen Zins- und Spartenlage richten; in die Kreditvereinbarung des einzelnen Kreditnehmers einzugreifen, ist die Reichsbank nicht in der Lage, da die Kreditgewährung schließlich ein Vertrauensgeschäft ist, welches nur nach Einzelumständen beurteilt werden kann, so daß für alle Kreditgeschäfte gleichmäßige Konditionen selbstverständlich nicht zu erreichen sind.

Das amtliche Kommuniké der Reichsbank läßt ein Eingehen auf die wichtigste Frage vermissen, die durch die Zinsengruete gelöst werden sollte: die Höhe der Spanne zwischen Debet- und Kreditzinsen! Es muß festgestellt werden, daß nach heute diese Spanne wesentlich größer ist als vor dem Kriege. Die Banken haben das bei der Rechtfertigung ihrer Zinspolitik selbst zugegeben. Nach Ansicht der Reichsbank aber ist alles in schönster Ordnung. Das ist ein Widerspruch, der vielleicht zu lösen wäre, wenn die Reichsbank sich entschließt, die Einzelheiten ihrer Erhebung zu veröffentlichen. Jedenfalls ist das Ergebnis, wie es in dem vorliegenden Kommuniké zum Ausdruck kommt, überaus dürftig.

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung.

Die Geldbeschaffung für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms ist ein fast noch schwierigeres Problem, als das Aufsuchen der Wege und die Verteilung der Aufgaben zur Arbeitsbeschaffung. Denn im großen und ganzen sind alle Kräfte des Reichs, der Länder und Gemeinden leer.

Bisher fehlte aber auch die Uebersicht über die Summen, die zur Durchführung erforderlich sind. Sie stehen jetzt einigermaßen sicher fest. Im außerordentlichen Etat des Reiches sind 400 Millionen vorgesehen. Diese sind aber erst auf dem Anleiheweg zu beschaffen. Weiter erfordern: produktive Erwerbslosenfürsorge zur Verwendung für werbende Anlagen 100 Millionen, Ausbau der Wasserstraßen 35 Millionen, Landarbeiterwohnungsbaue 30 Millionen, Bauernsiedlungen 15 Millionen, städtischer Wohnungsbau 200 Millionen. Dazu kommen ferner 110 Millionen bei der Reichsbahn und bei der Reichspost 80 Millionen für Ausbau der Anlagen sowie weitere 30 Millionen (nur 20 Millionen nach den Erklärungen der Reichspost) für geplante Hochbauten. Insgesamt eine Summe von genau einer Milliarde.

Für die Geldbeschaffung scheidet die Reichspost mit 110 Millionen aus, die ihren Bedarf auf dem Kapitalmarkt selbst befriedigt (80 Millionen von dem 150 Millionen umfassenden Anleiheprogramm werden eben aufgelegt). Für die 200 Millionen zur Durchführung städtischer Wohnungsbauten scheint nach den zwischen Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden getroffenen Vereinbarungen festzustehen, daß sie durch dreijährige Schapanweisungen des Reichs gedeckt werden. (Offenbar werden diese Schapanweisungen von den bauenden Gemeinden erworben und lombardiert, der Zins- und Kapitaldienst vorläufig aus der Hauszinssteuer gedeckt.) Bleiben noch 690 oder rund 700 Millionen zu beschaffen.

Es ist natürlich eine ernste Frage, wie und wann diese sehr bedeutende Summe zu beschaffen sein wird. Nach der „Industrie- und Handelszeitung“ ist nicht beabsichtigt, den ganzen Betrag auf einmal und allein aus dem deutschen Kapitalmarkt herauszuholen. Die Aufnahme der Anleihen soll stufenweise und in sorgfältiger Beobachtung der günstigsten Zeitpunkte und Bedingungen erfolgen. Auch wird erwogen, einen Teil der erforderlichen Gelder eventuell auf dem ausländischen Kapitalmarkt zu beschaffen.

Leider gewährt auch diese Zusammenstellung des Geldbedarfs noch kein vollständiges Bild über das Programm der Arbeitsbeschaffung; denn der größte Posten, die 400 Millionen des außerordentlichen Reichsetats, ist nicht spezifiziert. Es wäre sehr zu wünschen, daß auch über die Verwendungszwecke dieses großen Postens bald genauere Einzelheiten bekanntgegeben würden. Das wäre auch von Wichtigkeit für die Frage, wieviel von der erforderlichen Milliarde in dem Sinne wirklich produktiv sind, daß bald Erträge aus den Aufwendungen greifbar werden. Für die Reichsbahn und die Reichspost, für den Land- und Stadtwohnungsbaue, d. h. einen Betrag von 450 Millionen, ist das in absehbarer Zeit zu erwarten. Für den großen Rest von 550 Millionen werden Erträge zum Teil überhaupt nicht unmittelbar sichtbar, zum anderen Teil könnte erst die genauere Kenntnis der Verwendungszwecke Klarheit schaffen.

Deutsche Girozentrale — Preussische Staatsbank.

Zusammenwirken und Arbeitsteilung.

Zwischen der Deutschen Sparkassen- und Girozentrale (Zentralbank der Sparkassen und Kommunalbanken) und der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) laufen Verhandlungen, die für die zukünftige Wirksamkeit der öffentlichen Kreditinstitute auf dem Kapital- und Geldmarkt von großer Bedeutung sein können. Noch befinden sich die Verhandlungen im Anfangsstadium und noch handelt es sich weniger um schon feststehende und abgegrenzte Tatsachen, als um Kombinationen. Der Kern der Sache scheint darin zu bestehen, daß die beiden öffentlichen Institute sich über ihr Arbeitsgebiet

Der Vater.

Novelle von Kopernikus.
(Schluß.)

„Dann wäre es sehr schade, wenn der gute Konrad diese Nachricht nicht mehr erführe. Wie ich ihn kenne, würde er sich sehr darüber freuen.“ Und als sein Begleiter darauf nichts sagte, fuhr er eifrig fort: „Dieser Mann ist Ihr bester Freund gewesen, lieber Walter.“

„Ja, der Freund meiner Jugend,“ erwiderte Ebeling nachdenklich. „Da haben Sie recht, Herr Pastor.“

Der Pfarrer machte Miene, stehen zu bleiben, befaß sich aber, daß sie es eilig hatten, und sprach im Gehen weiter:

„Nicht nur der Freund Ihrer Jugend, sondern überhaupt. Ich kenne doch die Verhältnisse Ihrer Familie einigermaßen, lieber Walter. Was hätte Ihre Mutter, diese gutmütige schwächliche Frau, ohne diese tüchtige Hilfskraft, der sozusagen das freiwillige Faktotum der ganzen Wirtschaft war, angefangen!“

„Nach Vaters Tode, ja, ja,“ warf der Arzt dazwischen.

„Am,“ machte der Pfarrer, „Ihren Herrn Vater habe ich zwar wenig gekannt, denn er starb kurz nachdem ich hier mein Amt antrat. Aber sein Schwiegervater hatte — wenigstens in wirtschaftlichen Dingen — keine sehr hohe Meinung von ihm. Indessen über die Toten...“

„... soll man nur Gutes sagen?“ fiel der Jüngere mit bitterem Lachen ein. „Rein, ich glaube, das ist eine falsche und hoffentlich bald überlebte Pietät, Herr Pastor. Ich habe gerade heute über meinen Vater nachgedacht. Zufällig. Und Ihre Bemerkungen von vorhin haben mir mein Resultat nur bestätigt. Eigentlich habe ich gar keinen Vater gehabt, Herr Pastor. Sorgen um meine Zukunft hat er sich wenigstens keine gemacht. Und wer weiß, was aus mir geworden wäre, wenn er nicht...“ Walter Ebeling stotterte und schritt heftiger aus.

„Wenn er nicht gestorben wäre?“ vollendete der Pfarrer den Satz. „So soll man von seinem Vater nicht sprechen. Aber lassen wir die Toten ruhen. Das Schlimmste wäre jedenfalls, wenn es ihm gelungen wäre, den tüchtigen Konrad zu entlassen.“

„Wollte er das...?“

„Ja, Ihr Großvater hat das verhindert. Er erzählte es mir gelegentlich. Als der alte Herr dann auch selber gestorben war, wäre Ihre liebe Frau Mutter der inzwischen auffallend vergrößerten Wirtschaft einfach hilflos gegenüber gestanden und Sie lieber Walter...“

Nun blieb der Doktor doch stehen. Er holte tief Atem.

„Und so verdanke ich meine glückliche Lage dem Knechte meiner Mutter?“ rief er fast ärgerlich.

Der Pastor lächelte, beinahe wehmütig:

„Nun zeigen auch Sie aufklärter Mensch diesen Bauernstolz, den ich an Ihrem Großvater so bedauerte? Wo liegt denn der Unterschied zwischen Mensch und Mensch? In der Persönlichkeit, aber sonst nirgends. Ich sage Ihnen: wenn ich einen Menschen wirklich hoch schätze, so ist das Ihr alter Konrad. Und das tat auch Ihre Frau Mutter. Wie die Dinge lagen, wäre es das Vernünftigste und Gerechtste gewesen, wenn diese zwei Menschen, die so aufeinander angewiesen waren, und sich offenbar ja auch menschlich zugehen waren, einander geheiratet hätten. Als ich aber Ihrem Großvater diesen Gedanken einmal nahe legte...“

„Hier unterbrach sich der Pastor und schüttelte ärgerlich den Kopf. „Rein, nein,“ rief er dann, in Erregung befangen, „die Menschen sind zu dumm — zu dumm.“

„Was sagie denn mein Großvater zu dem Vorschlag?“

Der Pfarrer machte eine ärgerliche Handbewegung:

„Ihr Großvater setzte sich ganz aufs hohe Pferd und brüllte mich an, als ob er ein Halbgott wäre: Meine Tochter einem Knecht? Wo denken Sie hin? — Na ich sah ein, daß da jedes Wort verloren gewesen wäre. — Aber da sind Sie ja schon zu Hause. Nun will ich schnell zurück. Hoffentlich kommen Sie nicht zu spät.“ Und mit einem kurzen festen Händedruck eilte der Pastor davon.

An der Tür seines Vaterhauses blieb der Doktor Walter Ebeling einen Augenblick hochatmend stehen. Tausend vor Freude sprang der Hund nach schnellstem Erkennen an ihm empor. Vorsichtig öffnete der Doktor die Tür. Im Flur begegnete er der Mutter.

„Walter — du?“ rief sie mit einem freudigen Aufschreien.

„Lebt er noch?“ unterbrach sie hastig der Sohn.

Ein Staunen in ihren Augen. Dann ein zitternder Griff ihrer Finken nach seiner Hand, während die Rechte schon die eiserne Klinke einer Zimmertür herabdrückte: „Ja — komm!“

Mit einem leichten Schauer trat der junge Arzt ein, heimlich hoffend, daß er dem Kranken vielleicht doch noch helfen könne.

Der lag in weißen Betten und weichem Hemde regungslos da, den Blick nach dem Fenster gerichtet. Er kann doch noch nicht viel über Sechzig sein, ging es dem Arzte durch den Kopf, aber laut sagte er so heiter wie möglich: „Guten Tag, lieber Konrad.“

Das dünnbehaarte Haupt des Mannes im Bette fuhr herum. Weit wurden die Augen, sich füllend mit einem hellen Leuchten unerwarteten Glücks. Die Arme hoben sich dem Näher tretenden sehnsüchtig entgegen und gurgelnd juchzten die schmalen Lippen auf:

„Walter! — Mein Sohn!“

Da durchfuhr den jungen Mann ein Blitz der Erkenntnis. Nur eine Sekunde. Dann hielt er den Sterbenden mit starken Armen an seiner Brust:

„Vater — mein lieber Vater. Ich bin jetzt Doktor, lieber Vater, richtiger Arzt, ich helfe dir.“ Und langsam beittete er den Kranken zurück. Dessen, von Tränen erhabensten Glücks überfließende Augen glitten vom Sohne zur Mutter, von der Mutter zum Sohne und blieben schließlich für letzte Lebenssekunden auf dem geliebten blauen Frauenantlitz haften, das sich vor dem verschleierte Blick des Sterbenden zu junger seliger Schönheit verklärte wie einst in früher Sommernacht vor dreißig Jahren. Dann sanken die Lider langsam herab, die Arme streckten sich steif, der Kopf fiel zurück, und als der Arzt prüfend das fundige Ohr auf die still gewordene Brust legte, vernahm er keinen Herzschlag mehr.

Langsam erhob er sich. Und als nun die Frau sich in namenlosem Schmerz über den Entschlenen warf, kam über Walter Ebeling ein großes Begreifen. Hier hatten zwei edle Menschen durch Jahrzehnte ein schweres Opfer heiliger Entagung gebracht — ihn, dem Sohn. Eine heiße Liebe hatten sie in jungen Jahren begraben müssen, weil der harte heilige Großvater mit seinen verbohnten Ehrbegreifen sie nie erfahren durfte. Und dann hatte der Großvater seiner schwangeren Tochter um den Preis des kleinen Grundstücks einen Gatten gekauft, einen minderwertigen Menschen, der nur das

einzig Verdienst besaß, kein „Knecht“ zu sein. Als aber dieser Mann und der Großvater selber im Laufe der Jahre gestorben waren, hatten die Liebenden aus Liebe zum Sohn weiter darauf verzichtet, auch vor der Welt als das zu gelten, was sie im Herzen immer gewesen waren: Mann und Weib. Bis an sein Lebensende, in wachsender Treue immer der geliebten Frau zur Seite bleibend, ihr Wohl und das des heranwachsenden Sohnes in unermüdlicher Arbeit fördernd, war der tüchtige Mann Knecht geblieben und hatte es sich verlagert, den geliebten Sohn auch nur ein einziges Mal aus

Gürtner.



Offizielle Verlautbarung: Der bayerische Justizminister ist der Gerechtigkeit nicht in den Arm gefallen, er hat lediglich die Entwaffnungsvorschriften durchgeführt.

Baterherz zu drücken, damit der Sohn ohne Befangenheit — Herr sein konnte.

Der Doktor Walter Ebeling beugte sich zu seinen Eltern herab und ergriff sanft die Hand der Mutter, um sie ehrfurchtsvoll an die Lippen zu drücken. Und bis in die tiefe Nacht saßen Mutter und Sohn am Bette des Toten, Hand in Hand, eine seltsame wortlose Zwiesprache haltend. Sie fühlten trotz des bitteren Trennungsschmerzes ein tiefes reines Glück in sich, als sei ihnen alles, was sie im Leben je an wahrhaft Schönem befaßen, noch einmal geschenkt.

Menschenkunde und Menschenbehandlung Einige Richtungen der modernen Psychologie.

Von Konstanze Glaser, Wien.

Ein altes Menschheitsbestreben geht dahin, die seelische Eigenart ihrer Individuen zu ergründen, um so im Voraus bestimmen zu können, wie sich der einzelne in einer bestimmten Lage verhalten, was er tun und lassen wird. — Erkenntnis des eigenen Selbst, wie sie das delphische Orakel befaßt, steht hohe persönliche Kultur, „Weisheit“, voraus, da hier Beobachter und Beobachtetes zusammenfallen, also — abgesehen von den tatsächlichen Schwierigkeiten — erforderlich ist. — Der ganzen Fragestellung aber liegt die Voraussetzung der Beständigkeit der menschlichen Eigenart, eines in großen Jüngen wenigstens unveränderlichen Charakters zugrunde. Und tatsächlich ist eine solche — von pathologischen Fällen abgesehen — trotz mannigfacher Schwankungen der Leistungsfähigkeit, Willenskraft usw. in gewissem Sinne vorhanden.

Die großen Verschiedenheiten, die Menschen in bezug auf Gemütsart und Willensstärke aufweisen, fielen schon den Griechen auf, die in der Lehre von den vier Temperamenten eine Erklärung zu geben meinten. — Künstler und Menschenkenner versuchten zu allen Zeiten in das Innere des Menschen, seine Seele, gleichsam einzudringen und den verborgenen Quellen — den Motiven — der aus Tageslicht gelangenden Handlungen, des Lebenslaufes, nachzuspüren.

Die wissenschaftliche Erforschung des Seelenlebens der Menschen in ihrer individuellen Eigenart ist jung; sie tritt zuerst in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts auf und gewinnt in den letzten Jahren immer größere Ausbreitung und Interesse. Man darf annehmen, daß das 20. Jahrhundert infolge seiner Psychologisierung des gesamten Lebens dereinst das „Jahrhundert der Seelenwissenschaften“ genannt werden wird, wie wir gewohnt sind, das 19. Jahrhundert das „Jahrhundert der Naturwissenschaften“ zu nennen. — In der ersten Epoche der wissenschaftlichen Psychologie, die durch die Namen Weber, Hegner, Bunt gekennzeichnet ist, steht im Vordergrund der Betrachtung die Abhängigkeit seelischer Erscheinungen von physikalischen Reizen und physiologischen Vorgängen, sowie die Gewinnung allgemeiner Gesetze des Seelenlebens. Demgegenüber geht die Entwicklung dieser Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten dahin, Seelisches auf Seelisches zurückzuführen und insbesondere einzelne Erscheinungen aus dem Verständnis des Ganzen heraus zu begreifen. Innerhalb dieser kurz skizzierten Gemeinsamkeit der Einstellung finden sich die verschiedensten Richtungen, von denen einige hier genannt seien.

William Stern in Hamburg hat die „Differenzielle Psychologie“ geschaffen, die den einzelnen Menschen in seiner individuellen Eigenart, seinen besonderen Eigenschaften, Fähigkeiten und Anlagen, seiner Einstellung und Reaktion Menschen und Dingen gegenüber erkennen will. Durch minutiöse Erforschung aller Einzelheiten soll ein Seelenbild (Psychogramm) zustande kommen. — Allerdings bekennet Stern in einer späteren Ausgabe seiner „Differenziellen Psychologie“, daß ohne Erlösung des Ganzen jedes Psychogramm wertlos bleibe. — Zusammenfassung zu Typen und nach Altersstufen, Gießering in Normal, Uebnormal, Unternormal und Abnormen bildet das Gebiet der Variationsforschung. Schließlich kommen bestimmte individuelle Eigenschaften und An-

lagen immer oder doch häufig mit anderen zusammen vor, wie z. B. starke Phantasiehaftigkeit mit Ungenauigkeit des Gedächtnisses (Korrelationsforschung). Innere Urkräfte (Vererbung, Anlage) sowie äußere (Milieu, Erziehung usw.) wirken bei der Individualitätsbildung zusammen; ihren Einfluß aufzudecken, ist Aufgabe der Wissenschaft. Damit dringen zwei Momente in den Kreis der Seelenforschung ein, die von Dichtern seit jeher als wesentlich für die Charakterbildung erkannt wurden. Im Prolog zum „Wollenstein“ heißt es: — „denn seine Macht ist's, die sein Herz verführt, sein Lager nur erklart sein Verbrechen.“ — In neuester Zeit wurde der in der Naturwissenschaft viel gebrauchte Begriff „Feld“ auch in der Psychologie verwendet. Es gibt Eigenschaften und Eigenschaftsgruppen, die Menschen einer bestimmten sozialen Schicht, Altersstufe usw. (demselben „Feld“ zugehörend) zukommen. Die große Bedeutung dieser Individualitätsforschung fürs praktische Leben ist einleuchtend — so sind Begabungsprüfungen zum Zwecke der Berufsberatung heute beinahe allgemein eingeführt, ebenso besondere Tests (Aufgabenstellungen) zur Aufdeckung spezieller Fähigkeiten. Und wie bedeutsam es ist, wenn man den Menschen in seinem Wesen, seinem emotionalen und willensmäßigen Sein erfassen kann, braucht wohl nicht betont zu werden.

Eine andere Richtung der modernen Psychologie ist die Freud'sche Psychoanalyse, die vor allem den Kranken, den Neurotiker, zu verstehen sucht, seine Krankheits Symptome aus den ins Unbewusste verdrängten Vorstellungen und Wünschen begreift, die der Kontrolle des Machtbewußtseins nicht standhalten konnten. Weit über Menschenkenntnis und -therapie hinaus wird die psychoanalytische Methode zur Erklärung von Sitten, Mythen, Kunstzeugnissen primitiver Völker und Kulturen angewandt, ob immer zu Recht ist eine Frage, die hier nicht erörtert werden soll.

Von größerem Interesse in diesem Zusammenhange ist Alfred Adlers „Individualpsychologie“, die sich zwar auch vorzugsweise mit Kranken beschäftigt, die uns auch ganz allgemein vertieftes Verständnis für menschliche Eigenart geminnen läßt. Ausgehend von der Einsicht, daß das seelische Leben zwischen den beiden Polen der Selbstbehauptung und der Gemeinschaft (Selbsterhaltung und Gattungstrieb) verläuft, sieht Adler in allen nervösen Erkrankungen Abirrungen in der Richtung allergrößter Betonung des eigenen Selbst, das sich nicht in die Gemeinschaft fügen will. Die Ursache dieser krankhaften Erscheinung liegt in einem verminderten Selbstgefühl, das durch Organminderwertigkeit oder durch schädliche Umgebung erzeugt ist. Trotz übertriebener Eitelkeit, Hochmut, Herabsetzung des anderen, aber auch Unterwürfigkeit sind Eigenschaften, die zusammen mit vermindertem Selbstbewußtsein auftreten, und dieses zu kompensieren suchen. Der sich und seinen Kräften im Grunde Mißtrauende schafft sich eine „Lebenslinie“ — Jenes nannte sie Lebenslinie — in der er allen Bewährungsversuchen durch das Leben entgegenkann. Diese Furcht vor der Wirklichkeit täuscht in extremen Fällen „Symptome“, Phobien und andere Krankheitserscheinungen vor. Die Aufklärung über die wahren, dem Individuum unbekanntem Ursachen seiner Krankheit können zur Heilung führen. Vor allem aber ist die Einsicht von der Bedeutung eines gesunden Selbstgefühls wichtig für die Erziehung der Jugend. Wie viele junge Menschen wurden wohl für immer durch das andauernde „Das kannst du nicht“ der Erwachsenen entmutigt und in der Ausbildung ihrer noch schwachen Kräfte gehemmt. Schließlich konnten sie es wirklich nicht. Die zahlreichen Erziehungsberatungsstellen, die in den letzten Jahren in Wien und an anderen Orten errichtet wurden, beweisen, daß sich das Bewußtsein von der Wichtigkeit richtiger Jugenderkenntnis und -behandlung durchsetzt. Allerdings ist oft erst eine gründliche „Behandlung“ der Eltern nötig, um von ihnen vernünftige Behandlung ihrer Kinder fordern zu können.

Das erste deutsche Kino.

Wenn wir heute in die Filmpaläste gehen, die tausend und mehr Personen fassen; wenn wir hören, wie Orchester bis zu einer Stärke von 70 Mann in den größten Kinobühnen spielen, dann kann man es sich kaum vorstellen, daß es erst 30 Jahre sind, seitdem das erste Kino in Deutschland das Licht der Welt erblickte. Und doch ist es nicht länger her, im Jahre 1895 führten die Brüder Lumiere ihre ersten Apparate in Paris vor, wo sie allgemeine Bewunderung erregten. Die Presse schrieb, dieser Cinematograph sei „die bildliche Wiedergabe von Bewegungsvorgängen mit Hilfe zahlreicher photographischer Momentaufnahmen auf einem ruckweise arbeitenden Filmband, das dann ein Projektionsapparat abrollt und durchleuchtet, wobei auf einem ausgebreiteten Schirm (die Leinwand) die Bilder in scheinbarer Bewegung wiedererscheinen“.

Das erste Kino der Lumiere befand sich in den Kellerräumen eines Pariser Cafés, und wenn sich auch das Publikum nur amüsieren und die Sache mehr als Scherz nahm, so muß sich der Boden doch rentieren haben, denn bald darauf, im Mai 1896, erschienen die Lumieres in Berlin, mieteten in der Friedrichstraße einen Raum und begannen auch dort mit ihren Vorführungen, die viele Leute anlockten.

Aber diese beiden Erfinder waren keine Geschäftsleute, sie haben es nie verstanden, aus ihrer selbständigen Erfindung wirklich Geld zu schlagen, so verkauften sie die Vorführungsapparate, die sie selbst 75 Franken kosteten, für 100, während die Pariser Bühnen ihres Kinns seinen unter 15000 Franken bargaben. Auch in Berlin fingen sie das Geschäft nicht richtig an, das besorgten andere. Ein Baron von Wittich, der in Paris das erste Kinematheater gesehen und daran Gefallen gefunden hatte, pachtete unter den Linden einen Raum in den Wilhelmshallen, baute einen Apparat auf, stellte eine Leinwand hin, die damals noch alle paar Minuten von hinten mit Wasser besprengt werden mußte, und erhob 50 Pf. Eintrittsgeld. Dafür bot man zehn Filme zu sehen, von denen keiner länger als 25 Meter war und die alle nur zwei Minuten liefen. Man führte die Ankunft eines Juges auf dem Behuf, das Verladen eines Schiffes im Hafen, Szenen aus dem Straßenleben oder aus dem Varieté vor; der Raum enthielt 100 Sitz- und 50 Stehplätze, die Sache rentierte sich, und bald gab es fast in allen Städten derartige Kinematheater. Heute nach 30 Jahren besitzt jedes Dorf sein Lichtspielhaus, wo man ein Programm von mehreren Stunden und die größten Filmwerke vorgeführt bekommt.

Die Mauersegler ziehen fort! Die ersten Anzeichen, daß der Sommer seinem Ende zugeht, machen sich allmählich bemerkbar. Nicht nur gelbe Blätter fallen hier und da von den Bäumen, auch zahlreiche Singvögel sind verstummt, und der Ruf des Kukucks ist nicht mehr zu hören. Am deutlichsten kündigt sich aber der herannahende Herbst im Beginn des Vogelzuges an: in den ersten Tagen des Augusts verlassen die Mauersegler — die meist mit den Schwalben verwechselt werden — unsere Heimat, um ihre Winterquartiere im Süden aufzusuchen. Die Mauersegler sind vor allem dem Städter wohlbekannt, wenn er auch oft nicht ihren wahren Namen kennt und sie wegen ihrer Ähnlichkeit in Flug und Lebensweise zu den Schwalben rechnet. Die Mauersegler sind jene großen, gewölbten Flieger, die mit lautem „frrri-frrri-frrri“ die Luft nach Insekten durchjagen und jeden Naturfreund durch ihren wunderbaren Flug erfreuen. Die Segler kommen gerade mit Vorliebe in die Städte, weil ihnen die Türme und Steingebäude willkommenen Nistplätze bieten. Sie gehören zu unseren reichlichsten Zugvögeln, denn sie erscheinen erst Anfang Mai bei uns — in vielen Orten sogar pünktlich am 1. Mai — und begeben sich spätestens Anfang August schon wieder auf die Wanderschaft. Raum ein Vierteljahr weilen sie also in ihrem Sommerquartier und haben gerade Zeit, ihre Nachkommenschaft groß zu ziehen.

